



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898 - 1914

in elf Bänden

Gooch, George P.

Berlin, 1926

Nachträge

[urn:nbn:de:hbz:466:1-80404](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-80404)

Nachträge

Nachträge

(36026)

No. 644

Sir G. Barclay an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 62

Bukarest, den 28. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich hiermit ein Communiqué zu übersenden, das heute im Regierungsorgan „L'Indépendance Roumaine“ steht und die Haltung Rumäniens im österreichisch-serbischen Konflikt darlegt.

Ich erfahre, daß der Ministerpräsident nur mit großer Mühe die Genehmigung des Königs für diese Erklärung einer Politik zu erlangen vermochte, die im Kern auf eine Warnung an Österreich hinausläuft, den Vertrag von Bukarest nicht anzutasten.

Der heftige Ton der österreichischen Note vom 23. d. Mts. und Baron Giessls* übereilte Zurückweisung der weitreichenden von der serbischen Regierung in ihrer Antwort vom 25. d. Mts. angebotenen Genugtuung haben, soweit ich ersehen kann, allgemein Entrüstung in Bukarest hervorgerufen, obwohl bis jetzt nur wenig ungünstige Kommentare in der rumänischen Presse erschienen sind, indem, soviel ich weiß, bloß eins der führenden Blätter — und dies eine Zeitung, die, wie ich glaube, unter französischem Einfluß steht — Österreich wirklich angegriffen hat. Die in der Presse bemerkbare Mäßigung ist zweifellos auf ein *mot d'ordre* der rumänischen Regierung zurückzuführen, die zusammen mit dem Hofe wie gewöhnlich offenbar bestrebt ist, eine Verletzung Österreichs zu vermeiden.

Ich habe usw.

G. Barclay

Anlage zu No. 644

Auszug aus „L'Indépendance Roumaine“ vom 28. Juli 1914

*Le Conflit austro-serbe et l'Attitude
de la Roumanie*

Contrairement à ce qui a été publié dans certains journaux, le Gouvernement roumain n'a remis aucune note aux Puissances rela-

* Richtig „Baron Giesls . . .“

tivement à son attitude dans le conflit austro-serbe. Il n'y a eu à ce sujet que des conversations diplomatiques entre les Ministres étrangers accrédités auprès de notre Gouvernement et M. Jean Bratiano, président du conseil, à Sinaïa, ou M. Emmanuel Porumbaro, Ministre des Affaires Etrangères, à Bucarest.

Le point de vue de la Roumanie peut être formulé dans les deux idées directrices suivantes:

1. La Roumanie n'a aucun motif de s'immiscer dans le conflit spécial survenu entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie au sujet de l'attentat de Serajevo et de la propagande nationaliste en Bosnie et Herzégovine.
2. La Roumanie est préoccupée d'une chose essentielle, à savoir qu'il ne soit porté atteinte en aucune façon à l'équilibre balkanique établi par le traité de Bucarest.

Sur ce point les Etats balkaniques sont solidaires.

Cette solidarité a été affirmée récemment à Sofia par les représentants de la Serbie et de la Roumanie à l'occasion des conflits de frontière entre la Bulgarie et notre pays qui sont à l'heure actuelle en voie d'aplanissement; elle se manifeste aujourd'hui entre la Grèce et la Roumanie à l'occasion des événements austro-serbes.

(36027)

No. 645

Sir G. Barclay an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 63

Bukarest, den 28. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der serbische Geschäftsträger, der mich soeben aufgesucht hat, um mir mitzuteilen, daß Österreich-Ungarn nunmehr Serbien formell den Krieg erklärt habe, drückte mir die ernste Hoffnung aus, Großbritannien, das immer Serbiens Freund gewesen wäre, werde es in diesem kritischen Augenblick nicht im Stich lassen. Serbien sei Großbritannien stets dankbar gewesen und würde es mehr denn je für seine Hilfe in der gegenwärtigen Krise sein.

Auf meine Frage, ob Serbien schon in London eine Mitteilung in diesem Sinne gemacht hätte, erwiderte mein serbischer Kollege, er glaube wohl, daß dies der Fall sei, er bat mich aber, Ihnen seine Worte zu übermitteln.

Ich habe usw.

G. Barclay

Sir H. Lowther an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 51. Vertraulich

Kopenhagen, den 29. Juli 1914

Euerer Exzellenz

hatte ich die Ehre, am 27. d. Mts. telegraphisch zu melden¹⁾, daß der französische Präsident, der an jenem Tage in Kopenhagen erwartet wurde, im letzten Augenblick seinen Besuch abgesagt habe. Als die ersten Nachrichten von bevorstehenden Schwierigkeiten nach Kopenhagen gelangten, vermutete man, der Präsident möchte diesen Schritt für ratsam halten, um unverzüglich nach Paris zurückzukehren; da aber bis zum Morgen des 27. d. Mts. hierüber keinerlei Andeutung eingegangen war, befand sich die Stadt in Erwartung seiner Ankunft im Festschmuck und es herrschte einige Enttäuschung über den späten Entschluß, den Besuch aufzugeben. Dadurch wurde überdies der Eindruck erweckt, daß die Aussichten ernster seien als ein paar Stunden zuvor, was zu jener Zeit, soweit hier bekannt, nicht der Fall war.

Mein französischer und russischer Kollege haben sich bei mir erkundigt, ob ich irgendeine Mitteilung Seiner Majestät Regierung über die politische Lage erhalten hätte, die ich ihnen bekanntgeben könne.

Sie ihrerseits vermochten mir gleichfalls keine Auskunft aus authentischer, amtlicher Quelle zu geben.

Ich wurde heute vom Minister des Äußern empfangen und Seine Exzellenz teilte mir mit, daß, welche Wendung die Ereignisse auch nehmen mögen, Dänemark sich streng neutral verhalten werde. Seine Exzellenz erklärte, die Haltung Großbritanniens sei für sein Land von höchster Bedeutung, und er würde, wenn im Falle eines europäischen Krieges die strikte Neutralität Großbritanniens gesichert sei, keine Schwierigkeiten für Dänemark voraussehen.

Wäre aber das Gegenteil der Fall, dann würde Dänemark infolge seiner geographischen Lage in die Gefahrzone gebracht werden, was ein Gefühl der Besorgnis erzeuge, solange der politische Ausblick ungewiß sei.

Ich sagte Seiner Exzellenz, daß ich von Seiner Majestät Regierung keine Mitteilung über die politische Lage erhalten hätte, bemerkte aber, Ihre sowohl bei einer früheren Gelegenheit wie auch in der augenblicklichen Krise im Interesse des Friedens ergriffene Initiative sei eine Bürgschaft dafür, daß Seiner Majestät Regierung alles nur Mögliche tun werde, um widrige Ereignisse zu verhüten.

Soweit bekannt, hat die dänische Regierung noch keine Anordnungen für die Mobilmachung oder Verstärkung der Festungen ge-

¹⁾ No. 169.

troffen. Dies hat Anlaß zu sarkastischen Bemerkungen seitens der Oppositionspresse gegeben, die darauf hinweist, daß Holland, Belgien und sogar Schweden Verteidigungsmaßnahmen ergreifen, und die fragt, ob es der dänischen Regierung genüge, in Nyborg, Korsör und der Kjögebucht Plakate mit der Aufschrift „Eintritt verboten“ in russischer, deutscher und englischer Sprache anzubringen, um die dänische Neutralität zu schützen.

Ich habe usw.

Henry Crofton Lowther

(36042)

No. 647

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 388

Paris, den 2. August 1914

Euere Exzellenz!

Die Haltung der Pariser Bevölkerung war während der letzten fünf oder sechs Tage bewundernswert. Einige Blätter, besonders der „Temps“ und die nationalistischen Zeitungen, begannen um die Mitte der vorigen Woche recht aufreizende Artikel zu veröffentlichen, aber die Bevölkerung ist ruhig geblieben. Die Ermordung des Herrn Jaurès, des Führers der sozialistischen Partei, der von einem jungen und anscheinend geisteskranken „Patrioten“ erschossen wurde, als er am Abend des 31. Juli in einem Café speiste, stellt den einzigen bedauerlichen Vorfall dar, der zu verzeichnen ist.

Die Rückkehr des Präsidenten der Republik am 29. mittags war der Anlaß zu einem äußerst begeisterten Empfang; der Präsident wurde von ungeheuren Volksmengen begrüßt, die ihm lebhaft zujubelten — hauptsächlich waren die Rufe „Vive la France!“, „Vive l'Alliance!“, „Vive la Russie!“ und „Vive l'Angleterre!“, sowie einige Rufe „A Berlin!“ zu hören.

Am Nachmittag des 1. d. Mts. fand vor Seiner Majestät Botschaft eine kleine Kundgebung statt, wobei britische Flaggen geschwenkt und Hochrufe auf England ausgebracht wurden.

Die Finanzlage, über die ich in meinem Schreiben No. 381 vom 31. v. Mts. berichtete¹⁾, besteht unverändert fort. Die angekündigte Ausgabe von Noten zu 20 und 5 Francs scheint nicht die geringste

¹⁾ Hier nicht abgedruckt. Der Bericht betraf: den Mangel an Kleingeld und die Nachfrage nach Hartgeld; das Gesuch um ein Moratorium wurde nicht genehmigt; Schwierigkeiten bei der Allard-Bank; die Bank von Frankreich hat ihr die Unterstützung wegen ihrer deutschen Verbindungen versagt.

Wirkung gehabt zu haben und Kleingeld ist noch beinahe unmöglich zu bekommen.

Die allgemeine Mobilmachung wurde gestern 3⁴⁰ nachm. angeordnet und man kam dem Befehl bereitwillig nach; über Frankreich und Algier wurde heute der Belagerungszustand verhängt und die Kammern sind für morgen einberufen worden.

Ich beehre mich, Ihnen hiermit Abdrucke der Proklamation zu übersenden, die der Präsident der Republik an das französische Volk gerichtet hat und die in den heutigen Morgenblättern veröffentlicht wurde¹⁾.

Ich habe usw.

Francis Bertie

(36020)

No. 648

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 286. Vertraulich

Rom, den 27. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Als mir Marquis di San Giuliano zuerst am 22. und 23. d. Mts. seine Besorgnisse aussprach, die österreichische Note an Serbien würde sich als ganz unannehmbar erweisen, hatte ich den Eindruck, daß die italienische Regierung von ihrem Inhalt unterrichtet worden sein mußte²⁾. Ich habe jetzt festgestellt, daß dies nicht der Fall war. Die Voraussicht Seiner Exzellenz gründete sich einfach auf das, was er nach den Äußerungen des hiesigen österreichischen Vertreters allgemein als Inhalt der Note annahm. Er hat mir erklärt — und dasselbe ist mir auch vom Ministerpräsidenten zu Ohren gekommen —, daß die österreichische Note der italienischen Regierung erst zur gleichen Zeit wie den anderen Mächten mitgeteilt wurde. Das ist von ihrem Gesichtspunkt aus äußerst günstig, da sie sich, weil nicht im voraus aufgefordert, die Note zu billigen oder ihr zuzustimmen, durch das Vorgehen Österreich-Ungarns nicht für gebunden erachten.

Ferner hat mir der Minister des Äußern versichert, daß er Österreich gegenüber keinerlei Ansicht über den von ihm unternommenen Schritt geäußert hat.

Dennoch hat er sich, nach seinen Bemerkungen zu mir, eine ganz bestimmte Meinung darüber gebildet, und das scheint mir auch beim Ministerpräsidenten der Fall zu sein. Der Außenminister ist der An-

¹⁾ Hier nicht abgedruckt.

²⁾ Siehe No. 78.

sicht, daß, wenn die Note ernsthaft in dem Sinne gemeint war, den ihr Wortlaut besagt, es ein Denkmal der Absurdität ist. Sie hätte von einem Polizisten verfaßt sein können. Glaubt die österreichische Regierung, fragte er, wirklich noch ernstlich daran, daß Rassentriebe und nationale Bewegungen durch Polizeimaßnahmen erstickt werden können? Wenn die Note auf der andern Seite bloß als Kriegserklärung gedacht war, dann sei eine Kritik überflüssig.

Nachdem er dergestalt seine Ansicht über die Sache bekannt hatte, fragte ich ihn, wie es komme, daß der „Popolo Romano“, ein hier oft zu Regierungsmitteilungen benutztes Blatt, heute morgen ein aus Wien datiertes Telegramm veröffentlicht habe, wonach die von der italienischen Regierung an die österreichisch-ungarische Regierung abgegebene Erklärung einen ausgezeichneten Eindruck in Wien und Budapest gemacht hätte, während die Zeitung außerdem Leitartikel gebracht habe, in denen das Vorgehen Österreichs unterstützt wurde. Seine Exzellenz entgegnete, das angebliche Telegramm aus Wien entbehre jeder Grundlage und sein Ursprung dürfte seiner Meinung nach auf Gulden zurückzuführen sein, oder vielmehr auf Kronen, was, wie er glaubte, die jetzige Benennung sei¹⁾. Gleichzeitig beauftragte er in meiner Gegenwart seinen Sekretär, den Herausgeber des „Popolo Romano“ wissen zu lassen, daß es besser wäre, wenn er etwas Wasser in seinen Wein gieße.

Es ist bemerkenswert, daß die beiden einzigen Organe hier, die den Schritt Österreichs offen unterstützt haben, der „Popolo Romano“ und ein erbärmliches, in französischer Sprache erscheinendes Winkelblättchen namens „Italie“ sind, von denen bekannt ist, daß sie ihre Spalten jenen öffnen, die dafür bezahlen. Die halbamtliche Presse verharret in ihrer Zurückhaltung und die Kritik der unabhängigen Presse wird täglich schärfer. Der Mailänder „Corriere della Sera“ schreibt zum Beispiel heute morgen: „Man kann sich unmöglich die ungeheure Verantwortung verhehlen, die Österreich durch eine Geste wohlwogener Heftigkeit, durch einen Schritt, der seine Entschlossenheit zum Krieg um jeden Preis anzeigt, und durch eine Übereilung auf sich genommen hat, deren Folgen ihm nicht unbekannt sein konnten“, und die Zeitung erklärt, daß die öffentliche Meinung aller zivilisierten Länder gegen die Handlungsweise Österreichs sei.

Es ist bezeichnend, daß meinen Nachrichten zufolge die Meinungsäußerungen des „Popolo Romano“ die einzigen gewesen sind, die als angebliches Echo der in Italien herrschenden Ansichten von der deutschen Presse wiedergegeben wurden.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

¹⁾ Siehe DD. No. 44, 47, 59, die auf die zur Beeinflussung der italienischen Presse benötigten Geldmittel Bezug nehmen.

(36021)

No. 649

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 289

Rom, den 30. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Unter Bezugnahme auf meinen Bericht No. 282 vom 23. d. Mts.¹⁾ bemerke ich, daß der rumänische Gesandte durchaus entgegengesetzter Ansicht über die voraussichtliche Haltung Bulgariens ist, als sie der bulgarische Gesandte zu erkennen gegeben hat. Er ist überzeugt, daß Bulgarien im Einverständnis mit Österreich-Ungarn steht und die Gelegenheit, die kommende Ereignisse bieten mögen, ergreifen wird, um ein Stück des an Serbien gefallenen Teils von Mazedonien zurückzugewinnen. Er meinte, Bulgarien würde die Sache des Slawentums ebenso bereitwillig mißachten, wie es die gemeinsamen Interessen der Balkanstaaten mißachtet hat, und würde in seinem Ehrgeiz, Mazedonien wiederzugewinnen, wahrscheinlich auch vor einem Handel mit der Türkei nicht zurückschrecken. Es dürfte voraussichtlich nicht direkt in Aktion treten. Komitadschis würden in den neuen serbischen Gebieten organisiert und die Serben zu Metzeleien von Bulgaren aufgereizt werden, worauf Bulgarien die Notwendigkeit der Intervention verkünden würde.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

(36022)

No. 650

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 290

Rom, den 30. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß, wie in diesem kritischen Augenblick vorausszusehen war, die Linksparteien hierzulande sehr bestimmte Stellung zu der von Italien einzunehmenden Haltung nehmen.

Die offizielle sozialistische Gruppe nahm in Mailand eine Tagesordnung an, wonach „das italienische Proletariat nicht gezwungen werden dürfe, im Dienste seines Verbündeten die Waffen zu ergreifen,

¹⁾ No. 163.

um ein freies Volk niederzuwerfen“. Dies spiegelt die extreme Ansicht wieder, die auch im Sozialistenblatt „Avanti“ durch eine Karikatur zum Ausdruck gelangt: eine riesenhafte Personifikation des Proletariats bedeutet einer winzigen, die Monarchie darstellenden Figur, daß die Waffen nicht ergriffen werden dürfen.

Die weniger extreme Richtung wird in geschickter Weise durch den unabhängigen sozialistischen Abgeordneten Signor Bissolati — der zum Eintritt in das letzte Ministerium Giolitti aufgefordert worden war — vertreten und im folgenden Abschnitt zusammengefaßt. Nach einem Hinweis darauf, daß, indem Italien die Ansammlung von Streitkräften an seiner Ostgrenze unterläßt, Österreich aller Sorgen in jener Gegend enthoben sei, schreibt er:

„Jedermann erkennt den ungeheuren Nutzen dieser loyalen Haltung Italiens für Österreich und Deutschland. Wenn Österreich zu einem Zeitpunkt, wo es seines allerletzten Mannes bedarf, um den schwierigen Krieg in den serbischen Bergen zu führen und der russischen Drohung entgegenzutreten, gezwungen wäre, genügend Kräfte zur Beobachtung Italiens zu mobilisieren, könnte es sich der Möglichkeit einer Niederlage gegenübergestellt sehen. Indem Italien daher von jeder Truppenbewegung an der österreichischen Grenze absieht, leistet es seinen Verbündeten den denkbar größten Dienst. Wir sagen ‚größten‘, weil — falls Frankreich in den Krieg hineingezogen werden sollte — eine aktive Teilnahme an dem Konflikt, oder selbst eine einfache Drohung an der Ostgrenze* vom italienischen Volk nicht gebilligt werden würde... Die jetzige Neutralität wird Italien vielleicht besser instand setzen, seine Kräfte intakt zu erhalten, um in Zukunft beim Ausbau eines glücklicheren Zeitalters für die Völker Europas mitzuwirken.“

Diese Worte des Signor Bissolati spiegeln meiner Meinung nach im augenblicklichen Stadium der europäischen Krise die Ansichten der Mehrheit wieder.

Die Bündnispflichten hängen, wie man hier argumentiert, von den Umständen ab, und ihre Auslegung wird ohne Zweifel in erster Linie durch die eigenen Interessen beeinflußt werden. Nach dem, was man über die 1902 mit Frankreich eingegangenen Verpflichtungen weiß, sollte es nicht schwer sein, sie in einem Sinne zu deuten, der jenen Konflikt an der Westgrenze* Italiens ausschliesse, von dem Signor Bissolati behauptet, daß das italienische Volk niemals seine Zustimmung dazu geben würde.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

* Sinngemäß muß die italienisch-französische Grenze gemeint sein.

Graf de Salis an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 32

Cetinje, den 23. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Anfangs Juni 1914 veröffentlichte das Belgrader Blatt „Pravda“ anlässlich der Antwort des Außenministers Herrn Plamenatz auf eine Interpellation über die Aufgabe Skutari und über die internationale Anleihe einen heftigen Angriff auf die Behörden Montenegros. „Wir haben nicht den Wunsch,“ schrieb der Verfasser, „den letzten Ereignissen auf den Grund zu gehen, sondern wir möchten lediglich den Schleier lüften und aller Welt zeigen, was für „Typen“ in Montenegro regieren, und ob man ihnen glauben darf, wenn sie in Montenegro in dessen Namen sprechen. Möge Minister Peter Plamenatz deshalb Rede und Antwort stehen: Wer ist jener elende Serbe, der am 25. Oktober 1912 hinter dem Rücken des starkbedrängten, aber durch und durch patriotischen Kabinetts des Generals Mitar Martinowitsch zu Baron Giesl, dem damaligen österreichisch-ungarischen Gesandten in Cetinje, ging und darum bettelte, wie man einen Schutzherrn anbettelt (und man weiß in wessen Namen!), daß die österreichisch-ungarische Armee in den Sandschak einmarschieren solle? Von Seiten Montenegros wäre kein Widerstand zu erwarten; die beiden Bataillone an der Tara wären bloß da, um die öffentliche Meinung zu täuschen. Sonst würde Serbien eine Gefahr für die montenegrinische Unabhängigkeit werden. Wer war dieser Mann, Peter? War er von der Linken oder von der Rechten (Klubasch' oder Prawasch')? Jedenfalls wird Baron Giesl den Namen dieses Helden in seinen Akten verzeichnet haben. Man denke, daß heute solch ein Mann im Namen Montenegros und der serbischen Sache entscheidet, Erklärungen abgibt und spricht!“

Ein paar Tage später wurden dieselben Behauptungen in der Belgrader Zeitung „Balkan“ wiederholt. Ferner wurde General Luka Gojitsch, ein ehemaliger Präfekt von Cetinje, beschuldigt, während der Belagerung von Skutari die Serben bei Brditza verraten zu haben, worauf das Blatt fortfuhr: „Wie Pilatus wusch Peter Plamenatz seine Hände und erklärte, daß er an Skutari unschuldig sei. Doch als Gouverneur der Stadt sandte er am 17./30. April ein Telegramm an Martinowitsch, daß er den Platz nicht übergeben, sondern bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werde. Als aber die Regierung fiel und man ihm einen Posten antrug, übergab er die Stadt dem Vizeadmiral Burney!“ Der Artikel schließt mit dem Satze: „Rußland weiß dies nur zu gut.“ Ein ausführliches Dementi dieser Behauptungen wurde in den beiden montenegrinischen Zeitungen im Namen des Herrn Plamenatz veröffentlicht, der in der Lage war zu erklären, daß er sich am

25. Oktober 1912 nicht in Cetinje befand. Sein Dementi mag mit der Nachricht verglichen werden, die Ihnen im darauffolgenden Januar durch die russische Regierung zugeht und derzufolge ihr bekannt war, daß der König in bezug auf den Sandschak Verhandlungen mit Österreich eingeleitet hatte. Ihnen wurde nicht mitgeteilt, wer sie geführt hatte.

In den letzten drei Jahren ist es mehr als einmal vorgekommen, daß von Belgrad gegen Cetinje erhobene Beschuldigungen unpatriotischen Verhaltens und des Verrates an der serbischen Sache nicht nur mit Gegenklagen und Beleidigungen beantwortet wurden, sondern auch mit chauvinistischen Kundgebungen von Seiten des Königs Nikola in der Form eines Preß-Schmähfeldzuges gegen Österreich. Ein derartiger Ausbruch erfolgte im Frühjahr vor zwei Jahren, als die Belgrader Blätter offenbar mit Billigung des Herrn Milowanowitsch den Wortlaut eines angeblichen Geheimabkommens zwischen König Nikola und Österreich veröffentlichten. Beim gegenwärtigen Anlaß mag es das Palais als unklug erachtet haben, einen Angriff gegen Belgrad zu wagen, sogleich begannen jedoch maßlose Artikel gegen Österreich zu erscheinen. Die Artikelreihe wurde für einen Augenblick durch die Nachricht vom Morde in Serajewo unterbrochen, der eine vorsichtige Äußerung der Mißbilligung auslöste, aber nach Eingang der Nachrichten über die antiserbischen Ausschreitungen in Bosnien mit größerer Heftigkeit fortgesetzt. Österreich, hieß es, strebe die Ausrottung der serbischen Rasse in seinen Gebieten an, während die beiden unabhängigen serbischen Staaten unter dem Vorwande, sie hätten die Ermordung des Erzherzogs angestiftet, angegriffen und zermalmt werden sollten. Die Unaufrichtigkeit der also geäußerten Entüstung und der offenbare Wunsch, nicht von der Kontroverse ausgeschlossen zu sein, können aus der Tatsache gefolgert werden, daß, wenn auch die „Reichspost“ und die „Neue Freie Presse“, sowie zweifellos noch andere österreichische Zeitungen Belgrad offen angegriffen haben, weil es Verschwörer gegen das Leben des Erzherzogs beherbergte, in dieser Hinsicht anscheinend kein Wort gegen Montenegro vorgebracht wurde. Im Gegenteil, bis kurz vor Bildung des Balkanbundes hat König Nikola selbst die gleichen Anschuldigungen gegen die serbische Regierung erhoben und sogar erklärt, Herr Paschitsch sei an einem Mordanschlag auf ihn direkt beteiligt gewesen. Bei dieser Gelegenheit scheinen die Bomben dem serbischen Arsenal in Kragujewatz entnommen worden zu sein. Ob sie durch die Feinde oder die Agenten des Palais hierher gebracht wurden, ist eine andere Frage.

Kurz, in Montenegro könnte die Gefahr einer Friedensstörung durch den Wunsch der herrschenden Kreise, Serbien in serbisch-patriotischen Demonstrationen zu übertrumpfen, und durch denselben Geist hervorgerufen werden, in dem der König sich beeilte, den Balkankrieg zu beginnen, ehe seine Bundesgenossen fertig waren.

Während die hier eingetroffenen Belgrader Blätter lange Lobartikel über die vom verstorbenen Herrn Hartwig und der russischen Diplomatie den Südslawen geleisteten Dienste veröffentlichten, ist hier keine Silbe darüber laut geworden. Es ist fast zwei Monate her, seitdem die Begrüßungsmission aus St. Petersburg kam, aber es hat sich noch keine Spur der militärischen Subventionsgelder gezeigt. Die russische Regierung ist, wie man hört, grundsätzlich freundlich gesinnt, scheint aber noch keine endgültige Entscheidung getroffen zu haben. Ihr Zögern mag lediglich dem Wunsch entspringen, die Zahlung während der Ungewißheit des gegenwärtigen Augenblickes hinauszuschieben. Oder veranlaßt die russische Regierung etwa auf Erfahrung beruhendes Mißtrauen gegen den König, ihre helfende Hand so lange von Montenegro zurückzuhalten, bis eine Änderung des gegenwärtigen Regierungssystems in Übereinstimmung mit ihren Wünschen erfolgt ist?

Ich habe usw.

J. de Salis

(36034)

No. 652

Graf de Salis an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 33

Cetinje, den 26. Juli 1914

Euere Exzellenz!

In meinem Bericht No. 23 vom 11. Mai verwies ich auf Gerüchte, die betreffs angeblicher Ziele oder Absichten der österreichischen Regierung im Zusammenhang mit den strategischen Positionen umliefen, die Montenegro gehören und die Bocche di Cattaro beherrschen. Die Sache hat andauernd sowohl in Montenegro als auch anderswo die Aufmerksamkeit erregt und das offiziöse Organ des Königs, der „Vjesnik“, gibt mit augenscheinlicher Befriedigung einen kürzlich im italienischen „Messaggero“ erschienenen Artikel wieder. „Österreich“, wird darin erklärt (wenn die Übersetzung aus dem Original richtig ist), „vergißt, daß die Frage des Lovtschen nicht nur Österreich und Montenegro sondern auch Italien angeht. Keine italienische Regierung könnte zulassen, daß der Lovtschen in österreichische Hände fiele; das hieße vor Österreich in der Adria kapitulieren und würde Österreich Waffen gegen Italien in die Hand drücken. Es würde ihm den Schlüssel zur Adria verschaffen — Kanonen, die unsere Stellung in derselben Weise beherrschen würden, wie die Österreicher sich vorstellen, daß gegenwärtig die montenegrinischen Geschütze von den Höhen des Lovtschen auf die Bucht von Cattaro niederfeuern können.

In Wien sind sie so in den Lovtschen verliebt, daß sie sogar die Arbeiten am neuen Kriegshafen Sebenico eingestellt haben.... Wir wiederholen, daß der Lovtschen eine italienische Frage, oder noch besser, eine internationale Frage ist. Italien kann die strategische Lage in der Adria nicht zu seinem Nachteile ändern lassen. Der Lovtschen muß bleiben, was er ist... montenegrinisch.“

Einige militärische Bewegungen in der Umgegend von Cattaro haben weitere Kommentare verursacht. Posten in den Bocche erhielten Truppenverstärkungen zu dem eingestandenem Zweck, Zusammenstöße zwischen Kroaten und Serben zu verhindern. Im Hinblick auf die neu-lichen Ausschreitungen in Bosnien scheint diese Erklärung wohl be- gründet zu sein, aber hier wurde das Gerücht verbreitet, daß die aus- geführten Bewegungen als vorbereitende Maßnahmen für einen Vor- marsch über die Grenze zu gelten hätten. Der österreichische Ge- sandte beeilte sich, ganz bestimmte und freundschaftliche Versiche- rungen abzugeben, daß kein feindseliger Schritt beabsichtigt sei, während am 21. Juli im „Fremdenblatt“ ein amtliches Communiqué im selben Sinne veröffentlicht wurde. Trotz des kürzlichen Preßfeld- zuges gegen die österreichische Regierung ist diese in beachtens- werter Weise bestrebt, sich versöhnlich zu zeigen.

Ich habe usw.

J. de Salis

No. 653

Sir H. Bax-Ironside an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

Sofia, den 29. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Der Ballplatz hat in der Tat eine Bombe zur Explosion gebracht und die Folgen lassen sich unmöglich voraussagen. Selbst hier findet sich beträchtliches Beweismaterial dafür, daß Deutschland für den ent- scheidenden Schritt der Doppelmonarchie in hohem Maße verant- wortlich ist.

Wie ich erfahre, hat General Markoff, der bulgarische Gesandte in Berlin, am 7. Juli an König Ferdinand geschrieben, der Ballplatz be- reite eine derart schroffe Note an die serbische Regierung vor, daß kein unabhängiger Staat sie annehmen könne, und die deutsche Re- gierung habe sich in keiner Weise bemüht, Graf Berchtold zu einer Milderung der Note zu überreden. Ihren Wortlaut schreibe man in zu- ständigen Kreisen größtenteils dem Grafen Forgach zu, der einen besonderen Groll auf die Serben hat. Der General fügte hinzu, in Ber- liner Militärkreisen werde der Krieg zwischen Österreich, Serbien und

Montenegro für unvermeidlich erachtet und sie, die Deutschen, seien auf alle Eventualitäten vollkommen vorbereitet, während keine der Dreiverbandmächte fertig wäre. Dieser Brief traf am 10. d. Mts. im Palais ein; am 11. wurde Major von der Goltz, der hiesige deutsche Militärattaché und Sohn des berühmten Feldmarschalls von der Goltz, durch den königlichen Kabinettschef ins Palais beschieden und reiste am selben Abend nach Berlin ab. Seit der Ermordung des Erzherzogs Ferdinand war die Haltung des Majors von der Goltz sehr kriegerisch und vor seiner Abreise sagte er zweien seiner Freunde, der Krieg zwischen Österreich und Serbien sei sicher, er fürchte aber, daß Rußland im letzten Augenblick Deutschland Angst machen werde.

Was Bulgarien betrifft, so wird es, welche Erklärung es auch amtlich abgeben mag, zuwarten, wie der Hase läuft, ehe es entscheidend vorgeht. Wir dürfen uns aber darauf gefaßt machen, Komitadschibanden als Vorhuttruppen über die serbische und vielleicht sogar griechische Grenze schwärmen zu sehen. Diese Banden werden natürlich von der Regierung insgeheim bewaffnet und unterstützt werden.

H. O. Bax-Ironside

(35938)

No. 654

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 29

Brüssel, den 4. August 1914

A. 4. August 4⁰ nachm.

E. 5. August 12⁵⁰ vorm.

Ich habe soeben vom Minister des Äußern eine Note erhalten, deren wörtliche Übersetzung wie folgt lautet:

„Belgische Regierung bedauert, Seiner Majestät Regierung unterrichten zu müssen, daß deutsche Streitkräfte heute morgen in Verletzung vertraglich übernommener Verpflichtungen in belgisches Gebiet eingedrungen sind. Belgische Regierung ist fest entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand zu leisten. Belgien ruft Großbritannien, Frankreich und Rußland als Garanten an, bei Verteidigung seines Gebietes mitzuwirken.

Es würde sich um ein vereinbartes und gemeinsames Vorgehen mit dem Ziele handeln, den von Deutschland gegen Belgien angewandten Gewaltmaßnahmen Widerstand entgegenzusetzen und gleichzeitig die künftige Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Belgiens sicherzustellen.

Belgien schätzt sich glücklich erklären zu können, daß es die Verteidigung seiner festen Plätze übernehmen wird.“

(35915)

No. 655

Sir Edward Grey an Sir F. Villiers

(Tel.) No. 16

Auswärtiges Amt, den 5. August 1914
A. 10¹⁵ vorm.

Ihr Telegramm No. 28 vom 4. August¹⁾.

Bitte dort mitzuteilen, daß Seiner Majestät Regierung nunmehr gemeinsamen aktiven Widerstand gegen Deutschland als begonnen und durch Vertrag von 1839 gerechtfertigt erachtet.

(36100)

No. 656

Sir Edward Grey an Herrn Chilton

(Tel.) No. 27

Auswärtiges Amt, den 5. August 1914
A. 1⁴⁵ nachm.

Die belgische Regierung hat Großbritannien, Frankreich und Rußland als Garanten angerufen, bei der Verteidigung ihres Gebietes mitzuwirken, und Seiner Majestät Regierung erachtet sich für verpflichtet, in gemeinsamem Vorgehen den Vertrag mit Belgien, sowie dessen Unabhängigkeit, Integrität und Neutralität aufrechtzuerhalten.

Seiner Majestät Regierung glaubt, daß es sich bei der Frage in der Tat nicht allein um die Einzelexistenz Belgiens in voller Unabhängigkeit, sondern auch um die anderer benachbarter Staaten handelt.

Seiner Majestät Regierung würde in dieser Sache gerne mit niederländischer Regierung gemeinsam vorgehen, um die volle Unabhängigkeit, Freiheit und Integrität eines jeden Staates zu schützen, der gewillt ist, sich gemeinsam mit anderen zu verteidigen.

Seiner Majestät Regierung glaubt, daß von dem Ausgang dieses Krieges die Frage abhängt, ob Großbritannien, Frankreich und alle an die Nordsee grenzenden Länder so wie vor dem Kriege weiterbestehen werden.

Nur nach dem Haag

Aus Brüssel wird gemeldet, daß deutsche Kavallerie durch holländisches Gebiet gedrungen und daß Holland in Kämpfe verwickelt sei.

(Gleichlautend nach Paris No. 323 und St. Petersburg No. 449)

(*Mutatis mutandis* nach Kristiania, No. 29, gesandt)

¹⁾ No. 631.

(36264)

No. 657

Mitteilung des belgischen Gesandten (5. August)

Légation Belgique, Londres.

Bruxelles, 5 Août

La Belgique fait appel à Angleterre, France et Russie pour coopérer comme garantes à la défense de son territoire. Belgique assure défense places fortes.

Davignon

Vgl. BG No. 42

(36017)

No. 658

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 119. Vertraulich

Brüssel, den 3. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf mein heutiges Telegramm No. 15¹⁾ hier Abschriften des deutschen Ultimatums und der belgischen Antwort beizuschließen.

Der Minister des Äußern ersuchte mich, diese Dokumente streng vertraulich zu behandeln. Ihr Inhalt wurde nicht veröffentlicht und ihr voller Wortlaut ist bislang nur mir mitgeteilt worden.

Ich habe usw.

F. H. Villiers

Anlage 1 zu No. 658

Das Ultimatum Deutschlands an Belgien

2. August 1914, 7³⁰ nachm.

Le Gouvernement allemand a reçu des nouvelles sûres d'après lesquelles les forces françaises auraient l'intention de marcher par la Meuse sur Givet et Namur. Ces nouvelles ne laissent aucun doute sur l'intention de la France de marcher sur l'Allemagne par territoire belge. Le Gouvernement allemand ne peut s'empêcher de craindre que la Belgique, malgré la meilleure volonté, ne sera pas en mesure de repousser sans secours une marche en avant française d'un si grand développement. Dans ce fait on trouve une certitude suffisante d'une menace dirigée contre l'Allemagne.

¹⁾ No. 561.

C'est un devoir impérieux de conservation pour l'Allemagne de prévenir cette attaque.

Le Gouvernement allemand regretterait très vivement que la Belgique regardât comme un acte d'hostilité contre elle le fait que les mesures des ennemies de l'Allemagne l'oblige de violer de son côté le territoire belge.

Afin de dissiper tout malentendu, le Gouvernement allemand déclare ce qui suit:

1. L'Allemagne n'a en vue aucun acte d'hostilité contre la Belgique, si la Belgique consent dans la guerre qui va commencer à prendre une attitude de neutralité bienveillante vis-à-vis de l'Allemagne; le Gouvernement allemand de son côté s'engage au moment de la paix à garantir le royaume et ses possessions dans toute leur étendue.

2. L'Allemagne s'engage sous la condition énoncée à évacuer le territoire belge aussitôt la paix conclue.

3. Si la Belgique observe une attitude amicale, l'Allemagne est prête, d'accord avec le Gouvernement belge, à acheter contre argent comptant tout ce qui serait nécessaire à ses troupes et à indemniser tout le dommage causé en Belgique.

4. Si la Belgique se comporte d'une manière hostile contre les Allemands et particulièrement fait des difficultés à leur marche en avant par une opposition des fortifications de la Meuse ou par des destructions de routes, chemins de fer, &c., l'Allemagne sera obligée de considérer la Belgique en ennemie; en ce cas l'Allemagne ne prendra aucun engagement vis-à-vis du royaume, mais elle laissera le règlement ultérieur des rapports des deux Etats l'un vis-à-vis de l'autre à la décision des armes. Le Gouvernement allemand a l'espoir justifié que cette éventualité ne se produira pas et que le Gouvernement belge saura prendre les mesures appropriées pour l'empêcher de se produire. Dans ce cas, les relations d'amitié qui unissent les deux Etats voisins deviendront plus étroites et durables.

Anlage 2 zu No. 658

Antwort der belgischen Regierung auf das deutsche Ultimatum

Par sa note du 2 août, le Gouvernement allemand a fait connaître que, d'après des nouvelles sûres, les forces françaises auraient l'intention de marcher sur la Meuse par Givet et Namur, et que la Belgique, malgré sa meilleure volonté, ne serait pas en état de repousser sans secours une marche en avant des troupes françaises. Le Gouvernement allemand s'estimerait dans l'obligation de prévenir cette attaque et de violer le territoire belge. Dans ces conditions, l'Allemagne propose au Gouvernement du Roi de prendre vis-à-vis d'elle une attitude amicale et s'engage, au moment de la paix, à garantir

l'intégrité du royaume et de ses possessions dans toute leur étendue. La note ajoute que si la Belgique fait des difficultés à la marche en avant des troupes allemandes, l'Allemagne sera obligée de la considérer comme ennemie et de laisser le règlement ultérieur des deux Etats l'un vis-à-vis de l'autre à la décision des armes.

Cette note a provoqué chez le Gouvernement du Roi un profond et douloureux étonnement.

Les intentions qu'elle attribue à la France sont en contradiction avec les déclarations formelles qui nous ont été faites le 1^{er} août au nom du Gouvernement de la république.

D'ailleurs si, contrairement à notre attente, une violation de la neutralité belge venait à être commise par la France, la Belgique remplirait tous ses devoirs internationaux et son armée opposerait à l'envahisseur la plus rigoureuse résistance.

Les traités de 1839, confirmés par les traités de 1870, consacrent l'indépendance et la neutralité de la Belgique, sous la garantie des Puissances, et notamment du Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Prusse.

La Belgique a toujours été fidèle à ses obligations internationales; elle a accompli ses devoirs dans un esprit de loyale impartialité; elle n'a négligé aucun effort pour maintenir et faire respecter sa neutralité.

L'atteinte à son indépendance dont la menace le Gouvernement allemand, constituerait une flagrante violation du droit des gens. Aucun intérêt stratégique ne justifie la violation du droit.

Le Gouvernement belge en acceptant les propositions qui lui sont notifiées, sacrifierait l'honneur de la nation en même temps qu'il trahirait ses devoirs vis-à-vis de l'Europe.

Conscient du rôle que la Belgique joue depuis plus de quatre-vingts ans dans la civilisation du monde, il se refuse à croire que l'indépendance de la Belgique ne puisse être conservée qu'au prix de la violation de sa neutralité.

Si cet espoir était déçu, le Gouvernement belge est fermement décidé à repousser par tous les moyens en son pouvoir toute atteinte à son droit.

Vgl. BG No. 20 und 22

(36436)

No. 659

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 6. August

No. 389. Vertraulich

Paris, den 3. August 1914

Euere Exzellenz!

Der österreichisch-ungarische Botschafter suchte mich heute nachmittag auf. Er sagte, er werde mich vielleicht um mein Eingreifen

als Doyen angehen müssen, um bei der französischen Regierung Vorstellungen zu erheben. Er sei in Restaurants und auf der Straße beschimpft worden; er begegnete Schwierigkeiten, Geschäftsleute zu finden, die ihm Lebensmittel liefern; Läden im Besitze von österreichisch-ungarischen Untertanen seien zerstört und geplündert worden; Tausende von österreichisch-ungarischen Untertanen hätten gemäß dem erlassenen Ausweisungsbefehl Paris verlassen müssen, aber ihnen seien keine Mittel zur Verfügung gestellt worden, dies in der Richtung nach ihrem Heimatland zu tun; man schicke sie nach dem Westen Frankreichs, wo Arbeit für sie beschafft werden solle. Er habe beim Minister des Äußern Vorstellungen erhoben; dieser habe über die Zerstörung und Plünderung der Läden sein lebhaftes Bedauern zum Ausdruck gebracht und erklärt, daß Polizeimaßnahmen getroffen würden, um weitere Vorfälle dieser Art zu verhüten, und er habe sich erboten, anzuordnen, daß dem Botschafter Fleisch und Butter geliefert werde, falls Seine Exzellenz Schwierigkeiten haben sollte, sie zu bekommen. Graf Szecsen bemerkte zu Herrn Viviani, daß, da Frankreich und Österreich-Ungarn sich nicht im Kriegszustand miteinander befinden, der österreichisch-ungarische Botschafter in der üblichen Weise behandelt werden sollte, und daß, selbst wenn die beiden Länder im Krieg miteinander wären, ihm nach den Gepflogenheiten der Völker und dem internationalen Recht so lange die geziemende Rücksicht erwiesen werden sollte, als er in dem Lande bleibe, bei dem er beglaubigt worden sei. Ich drückte über die Zerstörung und Plünderung der Läden großes Bedauern aus und sagte meinem Kollegen, ich hätte heute morgen keine Milch zu meinem Kaffee gehabt, da keine zu bekommen war, ich hoffte aber, morgen mehr Glück zu haben.

Der spanische Botschafter, der mich gerade vor Graf Szecsen besucht hatte, erzählte mir, unser österreichisch-ungarischer Kollege sei auch während der ganzen Krise in den Union-Klub gegangen und habe dort noch am 1. d. Mts. zu Mittag gespeist, als ihm das Betragen einiger Mitglieder anzeigte, daß seine Gegenwart nicht sonderlich erwünscht sei.

Im weiteren Gespräch erklärte Graf Szecsen, der deutsche Botschafter habe ihm versichert, daß, als er sich bei seiner Unterredung mit dem Außenminister nach der Haltung Frankreichs für den Fall eines deutsch-russischen Krieges erkundigte, er nicht wie dargestellt Herrn Viviani gebeten habe, man möge seine Pässe bereit halten. Ich neige jedoch zur Ansicht, daß Herrn von Schoens Gedächtnis in diesem Falle trügt; denn unmittelbar nachdem der deutsche Botschafter am Freitag abend, dem 31. v. Mts., seine Mitteilung gemacht, hatte ich eine Unterredung mit Herrn Viviani und dem politischen Direktor und sie sagten mir damals — indem sie über das Vorgehen Herrn von Schoens natürlich ihr Erstaunen äußerten —, daß, nachdem er die Anfrage hinsichtlich der Haltung Frankreichs gestellt und bemerkt

hatte, er werde sich am andern Tag 1 Uhr nachm. die Antwort holen, er gebeten habe, man möge seine Pässe bereit halten und dem Präsidenten der Republik seine *adieux* übermitteln*.

Nach Graf Szecsen ist die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland erst ergangen, nachdem russische Truppen in deutsches Gebiet eingefallen sind. Er sagte mir ferner, die russische allgemeine Mobilmachung sei vor — und nicht nach — Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Wien befohlen worden.

In bezug auf den ausgedehnten Aufenthalt des deutschen Botschafters in Paris erklärte Graf Szecsen, daß Herr von Schoen mangels entsprechender Weisungen nicht abreisen könne. Seine Telegramme nach Berlin würden zurückgehalten und die von der deutschen Regierung an ihn gerichteten kämen verstümmelt an.

Seitdem ich diesen Bericht anfang, habe ich erfahren, daß Herr von Schoen den Außenminister benachrichtigt hat, er werde Paris heute abend verlassen.

Ich habe usw.

Francis Bertie

(36437)

No. 660

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 6. August

No. 390. Vertraulich

Paris, den 3. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß, wie mir mein spanischer Kollege mitteilt, spanische Regierung der französischen Versicherungen abgegeben hat, sie könne im bevorstehenden Konflikt Frankreichs mit Deutschland französisch-spanische Grenze in vollkommenem Vertrauen auf freundschaftliche Haltung Spaniens von französischen Truppen entblößen.

Ich habe usw.

F. Bertie

(36299)

No. 661

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 160

Wien, den 5. August 1914

A. 5. August 7³⁰ nachm.

E. 6. August 9²⁰ vorm.

6⁰ nachm. — Minister des Äußern hat russischem Botschafter soeben gesagt, daß er infolge Bündnisses und daraus sich ergebenden

* Siehe dazu Fußnote * auf Seite 361.

Kriegszustandes mit Rußland gezwungen sei, österreichischen Botschafter aus St. Petersburg abzurufen, wo Telegramm seiner Abberufung wahrscheinlich morgen nachmittag ankommen werde. Russischer Botschafter trifft Anordnungen, um Wien ungefähr zur selben Zeit, wenn möglich via Rumänien zu verlassen, wofür österreichisch-ungarische Regierung jede mögliche Erleichterung zusagt. Französischer Botschafter ist noch in Ungewißheit.

Wir sind hier von allen Neuigkeiten außer Bruchstücken, die Zensur passieren, völlig abgeschnitten und aus England treffen keine Postsendungen ein.

(36267)

No. 662

*Das Auswärtige Amt
an den österreichisch-ungarischen Botschafter*

Der Staatssekretär des Äußern empfiehlt sich dem österreichisch-ungarischen Botschafter und hat die Ehre, Seine Exzellenz unter Bezugnahme auf die diesseits am 3. d. Mts. versandte Zirkularnote zu benachrichtigen, daß Seiner Majestät Regierung mit Rücksicht auf die Stellung der Doppelmonarchie als Bundesgenossen des Deutschen Reiches, mit dem Großbritannien sich jetzt im Krieg befindet, der österreichisch-ungarischen Botschaft nicht länger das Vorrecht einräumen kann, Telegramme in Schlüssel- oder Chifferschrift abzusenden oder zu empfangen.

Auswärtiges Amt, den 6. August 1914.

(36299)

No. 663

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 211. *En clair* Auswärtiges Amt, den 7. August 1914

A. 5²⁵ nachm.

Österreichischer Botschafter ist noch immer ohne Weisungen hier und ich habe gegenwärtig keine weiteren Instruktionen für Sie.

(37758)

No. 664

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 10. August

No. 296

Rom, den 2. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß die nachstehende Mitteilung an den Mailänder „Corriere della Sera“, die den Standpunkt Italiens darlegt, eigentlich vom Ministerpräsidenten selbst verfaßt wurde:

„Der Geist und Buchstabe des Dreibundes sind derart, daß sich für Italien in dem Kriege, der zwischen Österreich-Deutschland einerseits und Frankreich-Rußland andererseits unmittelbar bevorsteht, der *casus foederis* nicht ergibt.

Italien wird selbstverständlich sowohl gegen die Verbündeten als auch gegen die Kriegführenden der anderen Seite eine freundschaftliche Haltung bewahren, sodaß es sich im gegebenen Augenblick in der Lage sehen wird, den Interessen des Friedens einen Dienst zu erweisen.

Deshalb wird es während des ersten Zeitabschnittes für Italien richtig sein, Zurückhaltung zu beobachten. Sollten die Dinge sich derart entwickeln, daß eine territoriale Neuordnung oder eine Veränderung des Gleichgewichtes wahrscheinlich ist, dann wird die Regierung Schritte tun, um ihre nationalen Interessen zu schützen.

Da Österreich-Ungarn Italien nicht im voraus von der Aktion, die zur wirklichen Ursache des Konfliktes wurde, unterrichtet hat, fehlte es Italien an der nötigen Zeit, um von solchen Forderungen Österreichs, die übertrieben gewesen sein mögen, abzuraten. Aber nachdem sie einmal überreicht waren, konnte Italien als Freund Österreichs diesem nicht raten, sie zurückzuziehen. Italien hat dennoch alles getan, um von Österreich eine bindende Erklärung zugunsten der Unabhängigkeit Serbiens und des Prinzips zu erlangen, sich jeder Gebietsannexion zu enthalten.

Österreich hat jedoch seine diesbezüglichen festen Absichten zwar mehrere Male, aber nie in bindender Form zum Ausdruck gebracht. Daher vermochte Italien natürlich nicht mit den Waffen zu Ergebnissen beizutragen, die seinen eigenen Interessen schaden könnten.“

Dies darf man, glaube ich, als amtliche Ansicht betrachten, die als Rechtfertigung dafür gilt, daß Italien sich von seinen Verbündeten trennt.

Es gibt für den eingeschlagenen Kurs selbstverständlich noch andere sehr triftige Gründe, deren ich viele bei der hypothetischen Betrachtung des Falles bereits angedeutet habe. Namentlich zwei Gründe haben bei dieser Zwangsentscheidung sehr stark mitgewirkt. Der erste ist, daß die allgemeine Stimmung im Lande es kaum zuließe, wenn Italien die Waffen ergriffe, um an der Seite Österreichs zu kämpfen, falls der gegenwärtig herrschende Geist nicht vielmehr eine wirkliche Revolution hervorrufen würde. Der zweite Grund ist, daß Italien einen sehr großen Teil seiner Streitkräfte in Libyen stehen hat, und da diese noch beinahe vollständig von Italien aus versorgt werden müssen, ist die Freiheit des Meeres zwischen Sizilien und Tripolis eine absolute Notwendigkeit, um die Isolierung der Truppen zu vermeiden und sie vor dem etwaigen Verhungern zu bewahren.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

Vgl. No. 78 und 648

Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

St. Petersburg, den 3. August 1914

Mein lieber Nicolson,

Ich habe in meinen Telegrammen über alle meine Unterredungen während der letzten zehn ereignisreichen Tage so ausführlich berichtet, daß ich wirklich nur wenig hinzuzufügen habe. Vom allerersten Augenblick an nahm die russische Regierung eine feste Haltung ein und machte es vollkommen klar, daß sie Österreich nicht erlauben würde, Serbien zu erdrücken. Man enthielt sich des Versuchs zu poltern oder große Worte zu machen, wie das so oft während der Balkankrise geschah. Sasonow war ruhig, aber entschlossen; und die vom französischen Botschafter geführte Sprache zeigte deutlich genug, daß Rußland auf die Unterstützung Frankreichs rechnen konnte. Die Sorge Sasonows war, was England tun werde, weil er immer die Meinung vertrat, daß die britische Flotte allein Deutschland eine tödliche Wunde beibringen könne. Ich verfolgte stets das Ziel, ihm von irgendwelchen Handlungen abzuraten, die einen Konflikt hätten beschleunigen können, um uns und den anderen Mächten Zeit zur Vermittlung zu lassen; und wenn unsere Bemühungen, den Frieden zu erhalten, fehlgeschlagen sind, so ist Sasonow in keiner Weise daran schuld. Er zeigte durchweg den versöhnlichsten Geist und haschte nach jedem Vorschlag, der für eine friedliche Beilegung gemacht wurde. Jetzt, da wir auf alles zurückblicken können, was sich seit der Ermordung des Erzherzogs ereignet hat, finden sich, glaube ich, starke Beweise dafür, daß Deutschland wirklich den Krieg wollte, oder daß es doch auf jeden Fall den Bruch des Dreiverbandes anstrebte, der hätte erfolgen müssen, wenn wir Rußland nicht unterstützt hätten. Die Militärpartei in Deutschland, die den Gedanken eines Präventivkrieges begünstigte, ehe Rußland zu stark würde, hatte offenbar die Oberhand gewonnen, und es kann kaum zweifelhaft sein, daß Tschirsky* in Wien die Österreicher in ihrer aggressiven Politik ermutigt hat. Jagow wurde bezüglich der Bedingungen des österreichischen Ultimatums wahrscheinlich im Dunkeln gelassen, um ehrlich sagen zu können, daß ihm der Text niemals unterbreitet worden sei; aber Tschirsky und andere waren sicherlich eingeweiht. Österreich dachte nie daran, daß Rußland einen Krieg gegen es wagen würde, und Deutschland hatte nicht die Absicht, sich auf einen Krieg einzulassen, der alle Mächte Europas einbeziehen würde. Wie ich in

* Richtig Tschirschky.

meinem letzten Jahresbericht hervorgehoben habe, war eines der ungünstlichsten Ergebnisse der beiden Balkankriege der Eindruck, der sich ausgebreitet hatte, daß Rußland einer Friedenspolitik um jeden Preis verschrieben sei; und ich sagte voraus, daß, wenn eine in diesem Glauben befangene Macht die Geduld Rußlands auf eine zu harte Probe stellte, sie entdecken würde, daß im russischen Volk eine intensive, wenn auch latente Vaterlandsliebe lebt, mit der sie zu rechnen hätte. Vom Kaiser herunter zum einfachsten Muschik hat sich Rußland wie ein Mann erhoben und der Lage gewachsen gezeigt; und sogar die sozialistischen Arbeiter haben, da der Krieg nun ihrem Lande aufgedrängt worden ist, Streikruhe verkündet. Die Ansprache, die der Kaiser gestern nach Verlesung des Manifestes über die Kriegserklärung im Winterpalais hielt, brachte die Gefühle der ganzen Nation zum Ausdruck, und wenn Rußland im Anfang Rückschläge erfährt und gezwungen ist, Petersburg preiszugeben, wird es sich auf Moskau zurückziehen und weiterkämpfen, bis kein einziger Feind mehr auf russischem Boden steht. Der Kaiser gebrauchte die gleichen Worte wie Alexander I., als Napoleon in Rußland einfiel, und derselbe Geist, der das russische Volk im Jahre 1812 beseelte, beseelt es auch heute. Ich hoffe zuversichtlich, daß es nicht dazu ausersehen ist, die gleichen Opfer zu bringen wie nach der Einnahme von Moskau; aber ich glaube, es ist dazu bereit und wird, falls in den ersten größeren Schlachten besiegt, im Bewußtsein seiner angeborenen Kraft einen solch ausdauernden und zähen Widerstand leisten, daß sich Deutschland langsam verbluten und vor bloßer Erschöpfung zusammenbrechen wird. Der Kriegsminister sagte mir neulich, der Krieg könne drei Jahre dauern, und unser Militärattaché teilt mir mit, daß, wenn alle Kriegsvorbereitungen beendet sind, Rußland zwischen sieben und acht Millionen Mann unter den Waffen haben werde.

Das Telegramm des Königs an den Kaiser¹⁾ fiel am Samstag nachmittag um 5 Uhr (1. August) in meine Hände und Sasonow telephonierte sofort, um eine Audienz festzusetzen. Er aß zufällig an jenem Abend bei mir und gerade ehe ich in meinem Automobil nach Peterhof abfuhr, brachte ein Bote einen Entwurf der Antwort, die er aufgesetzt hatte und die dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt werden sollte. Um 10⁴⁵ kam ich an einer kleinen Villa am Strand der Bucht an, wo die kaiserliche Familie immer lebt, und wurde von Seiner Majestät sofort empfangen. In Erwiderung auf eine Frage, die er an mich richtete, sagte ich ihm offen, daß die in französischer Sprache entworfene Antwort meiner Meinung nach zu offiziell gehalten sei und daß ich persönlich es sehr vorziehen würde, wenn Seine Majestät dem König in seinen eigenen Worten antworten wolle. Der Kaiser drückte seine volle Zustimmung aus und wir begannen

¹⁾ No. 384.

dann, die ganze Lage zu besprechen. Schließlich ließ sich Seine Majestät an seinem Schreibtisch nieder und bat mich, ihm beim Aufsetzen der Antwort zu helfen¹⁾. Dies war keineswegs eine leichte Aufgabe, da es ihm, obwohl er fließend Englisch spricht, offensichtlich einige Schwierigkeiten bereitete, das, was ihm vorschwebte, in Worte zu fassen, und ich mußte ihm das Telegramm anhand des Entwurfs, den mir Sasonow gegeben, und auf Grund der vorherigen Äußerungen Seiner Majestät im wesentlichen diktieren. Ich war anderthalb Stunden bei ihm und gelangte erst um 2 Uhr zurück.

Wilson, der amerikanische Geschäftsträger, erzählte einem Mitglied der Botschaft heute abend, daß die Deutschen, noch ehe der Befehl für die russische Teilmobilmachung erlassen worden war, in Washington angefragt hätten, ob er ihre Interessen hier vertreten dürfe. Schon dies allein zeigt, wie falsch die von ihnen gespielte Rolle war, und bestätigt das oben Gesagte, daß sie nämlich von Anfang an darauf bedacht waren, den Krieg zu provozieren. Sie haben uns die ganze Zeit Sand in die Augen gestreut, um uns von Frankreich und Rußland zu trennen, und ich habe keinen Zweifel, daß Lichnowsky eine Krise voraussah, als er vor einigen Monaten in den Industriezentren Nordenglands eine Reihe von Reden hielt.

Gestern abend wurde das Gerücht verbreitet, daß wir Deutschland den Krieg erklärt hätten, und zwischen 11 und 12 demonstrierte eine ungeheure Menge vor der Botschaft, indem sie die russische Nationalhymne sang und England kräftig hochleben ließ. Ich lag glücklicherweise im Bett und benutzte dies als Ausrede, um die wiederholt an mich gelangten Bitten, ich möchte erscheinen, abzulehnen. Heute abend warten alle — und niemand gespannter als ich — auf Nachricht über den Ausgang der Debatte im Unterhaus. Ich bitte nur Gott, daß England die Probe bestehen und sich und seinen Freunden treu bleiben wird; denn wenn es sie in der Stunde der Not verläßt, wird es sich nach dem Krieg isoliert finden und die Stunden unseres Reiches werden gezählt sein.

Wie viele sorgenreiche Tage werden wir verbracht haben und wieviel Zukunftsgeschichte mag gemacht worden sein, ehe dieser Brief Sie erreicht!

Ich habe keine Berichte geschrieben, da sie alle zur alten Geschichte gehören würden, ehe sie ankämen, und jetzt ist hauptsächlich die Zukunft und nicht die Vergangenheit von Interesse.

Stets Ihr

George W. Buchanan

¹⁾ No. 490.

(38779)

No. 666

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Erhalten 13. August

(Tel.) No. 136

Berlin, den 4. August 1914

Ihr Telegramm No. 266 vom 4. August¹⁾.

Staatssekretär des Auswärtigen bedauert, verlangte Zusicherung nicht geben zu können, da deutsche Truppen heute morgen belgische Grenze überschritten.

Er bittet mich, Ihnen zu versichern, daß dies militärische Notwendigkeit und Frage von Leben und Tod für Reich war; jeder anders angesetzte Angriff hätte zuviel Zeit erfordert und Rußland instand gesetzt, Truppen zusammenzuziehen. Deutsche Regierung sei bereit gewesen, Belgien Zusicherungen zu geben — und habe dies tatsächlich getan —, daß es nach dem Krieg volle Entschädigung erhalten solle und daß seine Neutralität in jeder Hinsicht, außer Truppendurchzug, geachtet werden würde. Er gab zu, daß Belgien in dieser Sache ganz natürlich und sehr loyal gehandelt habe.

(38780)

No. 667

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Erhalten 13. August

(Tel.) No. 137

Berlin, den 4. August 1914

Ihr Telegramm No. 270 vom 4. August²⁾.

Sowohl Kanzler wie Staatssekretär des Auswärtigen bedauerten, daß sie mir keine andere Antwort als die von heute nachmittag geben könnten. Ich sagte Ihnen, daß ich in diesem Falle angewiesen sei, meine Pässe zu verlangen.

Meine Unterredung mit dem Kanzler war sehr peinlich. Er bemerkte, er könne es nur als unerträglich empfinden, daß, weil die Deutschen den einzig für sie möglichen Weg einschlagen, um das Reich vor Unheil zu bewahren, England just wegen der Neutralität Belgiens über sie herfalle. Er betrachte England ganz für das verantwortlich, was nun geschehen könne.

Ich fragte ihn, ob er nicht verstehen könne, daß wir ehrenhalber verpflichtet seien, unser Bestes zum Schutze einer Neutralität zu tun, die wir garantiert hätten. Er entgegnete: „Aber um welchen Preis!“

Vermerk

Dies und das unmittelbar vorhergehende Telegramm³⁾ sind uns nie aus

¹⁾ No. 573.

²⁾ No. 594.

³⁾ No. 666.

Berlin zugegangen, sondern sie wurden uns erst jetzt von Sir E. Goschen für unsere Archive übergeben. — G. R. C. 13. August 1914.

(38897)

No. 668

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 14. August

No. 299

Rom, den 4. August 1914

Euere Exzellenz!

Nachstehend der Wortlaut der von Italien erlassenen Neutralitätserklärung, wie sie in den heutigen Blättern veröffentlicht wird:

„Da sich einige europäische Mächte im Kriegszustand befinden und Italien mit sämtlichen kriegführenden Parteien im Frieden lebt, haben die königliche Regierung und die Staatsangehörigen des Königreiches die Obliegenheit, die Pflichten der Neutralität in Übereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen und den Grundsätzen des Völkerrechts zu beobachten.“

In ihren Kommentaren zu dieser Erklärung stellt die italienische Presse fest, daß in dem Ministerrate, der gestern vormittag abgehalten wurde, die durch die deutschen „ultima“ geschaffene Lage aus dem einfachen Grunde nicht erwogen werden konnte, weil keine Mitteilung darüber eingegangen war.

Der Ministerrat beschränkte sich deshalb darauf, über die durch österreichischen Angriff auf Serbien geschaffene Lage zu beraten, und stützte ihren (*sic*) Beschluß für den Erlaß der Neutralitätserklärung auf folgende Gründe:

1. Dem Geist des Dreibunds entsprechend soll sich keine der verbündeten Mächte in einer, allgemeine Folgen nach sich ziehenden Aktion kompromittieren, ohne vorher mit ihren Verbündeten in einen Gedankenaustausch getreten und zu einem Einvernehmen gelangt zu sein.

2. Diese in dem Vertrag liegende Absicht wird, soweit es sich um die Lage auf dem Balkan handelt, noch durch besondere zwischen Österreich und Italien geschlossene Vereinbarungen bestätigt.

3. Wie allgemein bekannt, wurde die österreichische Note an Serbien, aus der die gegenwärtige Lage entspringt, Italien in keiner Form mitgeteilt; weshalb Italien nicht imstande war, durch Ratschläge an

seinen Verbündeten, zu denen es berechtigt gewesen wäre, seinen Einfluß auf diesen diplomatischen Schritt geltend zu machen. Andererseits ist es klar, daß, nachdem die österreichischen Forderungen einmal überreicht waren, Italien als Freund und Verbündeter Österreichs ihre Zurücknahme nicht verlangen konnte.

Trotzdem hat sich die italienische Regierung alle Mühe gegeben, um von der österreichisch-ungarischen Regierung bindende Erklärungen zu erlangen, daß sie die Unabhängigkeit Serbiens im Sinne seiner territorialen Integrität und Souveränität achten werde. Österreich-Ungarn hat dies zwar dauernd als seine feste Absicht bezeichnet, aber eine solche Erklärung nie in irgendwie bindender Form abgegeben.

4. Die Hauptpunkte des Dreibundes sind: sein durchaus defensiver Charakter und die Erhaltung des Status quo; weshalb Italien sich nicht verpflichtet halten konnte, an einer aggressiven Handlung des einen oder andern seiner Verbündeten teilzunehmen, und das um so weniger, als die letzteren die nötige Vorverständigung mit ihm nicht gesucht haben.

5. Schließlich hat die Tatsache, daß Italien über alles im Dunkeln gelassen wurde, es verhindert, rechtzeitig Maßnahmen zum Schutze seiner Lebensinteressen zu ergreifen, die im Falle eines Krieges unmittelbar und in höchst ernster Weise gefährdet sein würden.

Der Wortlaut dieser Punkte ist in allen Blättern gleich und stellt, obschon er ihnen amtlich nicht mitgeteilt wurde, im wesentlichen doch Standpunkt der Regierung dar.

In einem Artikel, der heute abend im „Corriere della Sera“ erschien, werden die Gründe für die Neutralität Italiens sehr klar ausinandergesetzt.

Zunächst erklärt der Artikel, daß Österreich den Krieg wollte und daß Deutschland nichts tat, um es daran zu hindern, als es dies hätte tun können, und daß Deutschland jetzt anscheinend selbst den Krieg wünsche.

Hinsichtlich der Haltung Italiens müssen folgende Tatsachen als feststehend gelten:

Erstens ist sein Bündnis mit Österreich-Ungarn und Deutschland defensiver und nicht offensiver Art. Doch Österreich griff Serbien an, ohne Italien von den Gründen zu benachrichtigen, die diesen Konflikt verursachten. Österreich eröffnete die Feindseligkeiten, und zwar auf eine Weise, daß Rußland genötigt war zu mobilisieren, um das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte auf dem Balkan zu erhalten und die Freiheit der Südslawen zu schirmen. Rußland zeigte sich zu Unterhandlungen geneigt und sowohl seine Haltung, wie in nicht geringerem Maße diejenige Deutschlands und Österreichs in Verbindung mit den friedlichen Vorschlägen Englands und Italiens, müssen als

wichtige Faktoren erachtet werden, die die gegenwärtige Neutralität Italiens beeinflussen.

Der zweite Punkt ist daher das Verhalten Deutschlands und Österreichs zu diesen Vorschlägen. Serbien war bereit sich zu fügen, aber Österreich war unerbittlich, weil es in Wahrheit nicht nur die Demütigung Serbiens sondern auch dessen politische und wirtschaftliche Unterwerfung unter die Doppelmonarchie anstrebte. Auf der andern Seite hat Deutschland, das zuerst den Frieden zu wünschen schien, später aus Furcht, daß ein Aufschub seinen Gegnern zum Vorteil gereichen könnte, selbst die Katastrophe beschleunigt. Die verschiedenen Vorschläge für Konferenzen und Besprechungen wurden darum von Deutschland und Österreich bloß als Mittel des Zeitgewinns betrachtet und ihr Fehlschlag kann keineswegs Rußland zugeschrieben werden.

Drittens haben die seitens Deutschlands von Rußland und Frankreich geforderten Erklärungen, welche die innere Freiheit und Souveränität der letztgenannten Mächte berührten, Deutschland juridisch in die Lage des Angreifers versetzt. Italien sieht sich demnach nicht der Frage einer defensiven Handlung gegenüber, sondern eher der eines freiwilligen Angriffes, den zwei Mitglieder des Dreibundes gegen zwei andere Mächte eingeleitet haben.

Es handelt sich also nicht um einen *casus foederis* sondern vielmehr um das Gegenteil.

Überdies verlangt der Geist, wenn nicht der Buchstabe des Bündnisses, daß dem Beginn einer Aktion eine Verständigung unter den Verbündeten vorausgehen soll. Weder Österreich noch Deutschland haben diese Bedingung eingehalten.

Von Seiten Österreichs erfolgte in bezug auf den Inhalt seiner Note an Serbien keine Voranzeige, außer einer Benachrichtigung, daß die Note überreicht worden sei, und der österreichisch-serbische Krieg begann also, ohne daß man sich vorher mit Italien verständigt hatte.

Deutschland schlug hinsichtlich der von Rußland und Frankreich geforderten Erklärungen ein ähnliches Verfahren ein. Deutschland unterrichtete Italien nicht im voraus, verständigte sich nicht mit ihm und befragte es nicht, Italien wurde nur vom *fait accompli* in Kenntnis gesetzt, als ob es bloß der Vollstrecker der Wünsche der andern wäre und im Rate der verbündeten Mächte nicht zähle.

Italien konnte also nichts anderes tun, als erklären, daß der *casus foederis* nicht für es in Betracht kommt und daß es zum Eingreifen nicht verpflichtet ist. Da Deutschland und Österreich die Verpflichtungen des Dreibundes nicht beobachtet haben, ist Italiens Haltung juridisch korrekt und politisch loyal.

Was die politische Seite der Frage anlangt, so weist der „Corriere della Sera“ auf das Verhalten Österreichs im letzten türkisch-

italienischen Krieg und auf die Art hin, wie es damals Italien verhinderte, sich an der adriatischen Küste nach freiem Ermessen zu betätigen.

Die Zeitung erklärt dann zusammenfassend, daß, da Deutschland auf die oben beschriebene Weise in den Kampf getreten ist und Österreich entweder die territoriale Gestaltung oder, was noch wichtiger ist, die politische Gestaltung des Balkans zu ändern sich anschickt, niemand verlangen kann, Italien solle seinen eigenen Interessen entgegenarbeiten, indem es für Österreich die Waffen ergreift. Es wäre sinnwidrig und ungeheuerlich, das zu erwarten. Der Krieg würde sehr große Änderungen in Europa zur Folge haben. Italien wünsche keinen Krieg und ihm sollten die Verluste, die er fordern wird, erspart bleiben.

Der Außenminister war darum besorgt, mich wissen zu lassen, daß außer der Kriegserklärung (*sic.* ? Neutralitätserklärung) keine amtliche Mitteilung an die Presse ergangen ist. Andererseits hat sie selbstverständlich inoffiziell Weisung über die einzuschlagende Richtung erhalten.

Der greise erfahrene Staatsmann Marchese Visconti Venosta hat dem Ministerpräsidenten seine volle Billigung des eingeschlagenen Kurses zu erkennen gegeben.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

(38903)

No. 669

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 14. August

No. 305

Rom, den 4. August 1914

Euere Exzellenz!

Soeben habe ich den Kolonialminister Signor Martini gesehen, der mir sagte, die Regierung habe allen Grund, vom Gefühl durchdrungen zu sein, daß das Land die Stellungnahme Italiens unterstützt. Wie er zugibt, bedeutet das natürlich das Ende des Dreibundes. Deutschland wird Italien eine Haltung nicht verzeihen, die man dort als Abfall betrachtet, und Italien wird sich auf Schwierigkeiten gefaßt machen müssen, obgleich sein Entschluß vollkommen im Einklang mit einer gerechten Auslegung seiner Verpflichtungen steht. Er setzte hinzu, es bestünde zwar keine diesbezügliche schriftliche Vereinbarung, Marquis di Rudini habe es aber klar niedergelegt, daß Italien unter keinen Umständen einwilligen könne, in offener Feindschaft gegen England aufzutreten, und dieser stillschweigende Grundsatz sei seinem Verbündeten sehr wohl bekannt.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

Erhalten 14. August

No. 122

Brüssel, den 12. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich hiermit einige Exemplare des Protokolls über die Vorgänge bei Eröffnung der belgischen Kammer durch König Albert höchstselbst am 4. d. Mts. zu übersenden¹⁾. Der König wurde von der Königin begleitet und sowohl in der Kammer als auch auf dem Wege vom und zum Schlosse waren ihre Majestäten Gegenstand begeisterter Huldigungen.

Der Bericht enthält die Wiedergabe einer Rede des Ministerpräsidenten und Kriegsministers Baron de Broqueville, in der er die drei Noten verlas, die zwischen der belgischen und deutschen Regierung ausgetauscht worden sind. Die Veröffentlichung dieser Dokumente machte natürlich einen tiefen Eindruck, alle Parteistreitigkeiten verschwanden — ein Zeichen dafür war, daß Herr Hymans und Graf Goblet d'Alviella, die Führer der Liberalen, und Herr Vandervelde, der Führer der Sozialisten, zu Staatsministern ernannt wurden — und die von der Regierung beantragten Maßnahmen, einschließlich einer Forderung von 200 000 000 Francs, wurden einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Während der letzten zwei Jahre habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt, daß amtliche und rein konservative Kreise entschieden zu Deutschland hinneigten. Diese Stimmung erzeugte ein Vertrauen, das sich als durchaus unangebracht erwies. So erklärte mir der Minister des Äußern Herr Davignon noch am 2. d. Mts., am selben Tag, an dem das deutsche Ultimatum überreicht wurde, es läge keinerlei Grund für den Verdacht vor, daß Deutschland die Neutralität Belgiens zu verletzen beabsichtige. Infolgedessen hatte die Regierung die Frage eines Anrufs der Garantiemächte nicht einmal in Betracht gezogen, und zwar umsoweniger, als sie sich in der Lage glaubte, einem Angriff, woher er auch kommen möge, widerstehen zu können. In dieser Haltung hinsichtlich ihrer Widerstandsmöglichkeiten verharrte die Regierung bis zum 4., als sie, wie Sie durch mein Telegramm No. 29 von diesem Tage erfuhren²⁾, einen förmlichen Appell an Großbritannien, Frankreich und Rußland richtete, sich als Garanten an der Verteidigung belgischen Gebietes zu beteiligen.

Als indessen die Zeit der Täuschung verstrichen und der Augenblick der Tat gekommen war, handelte die belgische Regierung mit einer Energie und Entschlossenheit, die einen guten Auftakt für die

¹⁾ Hier nicht abgedruckt.

²⁾ No. 654.

Haltung der königlichen Truppen im Felde bildeten. Der Geist, der sich so offenbarte, fand in allen Kreisen des Volkes und im ganzen Lande bereitwilligen Widerhall. Die Empörung über den deutschen Angriff war groß und hat eine Welle der Vaterlandsliebe und Aufopferung erzeugt, die keine Mühe scheut und vor keinen Kosten für die Sache der nationalen Integrität und Unabhängigkeit zurückschreckt.

Ich habe usw.

F. H. Villiers

Anmerkung. In einem Privatbrief vom gleichen Tage schreibt Sir F. Villiers an Sir Arthur Nicolson:

„Die belgischen Behörden waren tatsächlich überzeugt, daß von Deutschland nichts zu fürchten sei, und sie wollten nicht einmal die Frage eines Anrufs der Mächte in Betracht ziehen. Sie sind äußerst erbittert darüber, daß sie so getäuscht wurden. Überdies behaupteten sie, sich im Falle eines Angriffs selbst verteidigen zu können. Diese Haltung war nicht so sehr durch den Verlaß auf ihre eigenen Kräfte, als vielmehr durch den Wunsch bestimmt, sich nicht unwiderruflich nach einer der beiden Seiten hin festzulegen. Bei ihrer verzweifelt schwierigen Lage kann man diesen Wunsch gut verstehen. Schließlich erzwang natürlich der Gang der Ereignisse ihren Appell. Da ich ohne jeden Hinweis war, ob wir eingreifen würden, konnte ich nicht viel mehr tun, als zuzuhören und über die mir gemachten Erklärungen zu berichten.

Die Energie und Disziplin, der Mut, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit aller Klassen sind über alles Lob erhaben.“

(41041)

No. 671

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Erhalten 19. August

No. 309

Berlin, den 6. August 1914

Euere Exzellenz!

Gemäß der in Ihrem Telegramm No. 266 vom 4. d. Mts. enthaltenen Weisung ¹⁾ suchte ich an jenem Nachmittag den Unterstaatssekretär ²⁾ des Auswärtigen auf und fragte ihn im Namen Seiner Majestät Regierung, ob die kaiserliche Regierung von der Verletzung der belgischen Neutralität absehen würde. Herr von Jagow entgegnete sofort, er bedauere „nein“ sagen zu müssen, da die deutschen Truppen an jenem Morgen die Grenze überschritten hätten und die belgische Neutralität somit bereits verletzt worden sei. Herr von Jagow verbreitete sich wieder über die Gründe, warum die Reichsregierung zu diesem Schritt genötigt gewesen sei — weil sie nämlich auf dem raschesten und leichtesten Weg in Frankreich einmarschieren mußte,

¹⁾ No. 573 a).

²⁾ Es sollte Staatssekretär heißen.

um mit ihren Truppenbewegungen einen tüchtigen Vorsprung erlangen und sobald als möglich einen entscheidenden Schlag versuchen zu können. Dies sei für Deutschland eine Frage von Leben und Tod, da, wenn es den südlicheren Weg eingeschlagen hätte, es in Anbetracht der wenigen Straßen und der Stärke der Festungen nicht hätte hoffen können, ohne furchtbaren Widerstand und entsprechenden großen Zeitverlust durchzukommen. Dieser Zeitverlust würde für die Russen Zeitgewinn zum Heranschaffen ihrer Truppen an die deutsche Grenze bedeutet haben. Schnelligkeit der Bewegungen sei der große Vorteil Deutschlands, während Rußland einen unerschöpflichen Vorrat an Truppen habe. Ich wies Herrn von Jagow darauf hin, daß dies *fait accompli* der Verletzung der belgischen Grenze die Lage, wie er leicht begreifen werde, außerordentlich ernst gestalte, und ich fragte ihn, ob nicht noch Zeit zur Umkehr und zum Vermeiden möglicher Folgen sei, die er ebenso wie ich beklagen würde. Er erwiderte, aus den mir dargelegten Gründen sei für Deutschland eine Umkehr jetzt unmöglich.

Im Laufe des Nachmittags erhielt ich Ihr Telegramm No. 270¹⁾ und begab mich gemäß dem darin enthaltenen Auftrag nochmals aufs Auswärtige Amt und teilte dem Staatssekretär des Auswärtigen mit, daß, wenn die Reichsregierung nicht bis 12 Uhr nachts die Zusicherung geben könne, sie werde mit der Grenzverletzung Belgiens nicht fortfahren und ihren Vormarsch einstellen, ich angewiesen sei, meine Pässe zu fordern und die Reichsregierung zu benachrichtigen, daß Seiner Majestät Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen ergreifen müsse, um die Neutralität Belgiens und die Einhaltung eines Vertrages zu sichern, an den Deutschland im selben Maße wie sie selbst gebunden sei.

Herr von Jagow entgegnete, er könne mir zu seinem großen Bedauern keine andere Antwort erteilen als früher am Tag, daß nämlich die Sicherheit des Reiches einen Marsch der deutschen Truppen durch Belgien unumgänglich erheische. Ich übergab Seiner Exzellenz eine Paraphrase Ihres Telegramms und fragte ihn unter Hinweis darauf, daß Sie 12 Uhr als den Zeitpunkt angegeben hätten, zu dem Seiner Majestät Regierung eine Antwort erwartete, ob es im Hinblick auf die unvermeidlich eintretenden schrecklichen Folgen nicht noch im letzten Augenblick möglich wäre, die Antwort erneut zu erwägen. Er erwiderte, daß, auch wenn die Frist vierundzwanzig Stunden oder mehr betrüge, die Antwort gleich lauten müsse. Ich bemerkte, in diesem Falle müsse ich meine Pässe verlangen. Diese Unterredung dürfte ungefähr um 7 Uhr stattgefunden haben. In einem nachfolgenden kurzen Gespräch drückte Herr von Jagow sein schmerzliches Bedauern über den Zerfall seiner und des Kanzlers ganzen Politik aus, die darin bestand, mit Großbritannien Freundschaft zu schließen und dann Frank-

¹⁾ No. 594.

reich durch Großbritannien näherzukommen. Ich entgegnete, dies plötzliche Ende meiner Tätigkeit in Berlin sei auch für mich tief bedauerlich und enttäuschend, er müsse aber begreifen, daß Seiner Majestät Regierung unter diesen Umständen und in Anbetracht unserer Verpflichtungen unmöglich anders als geschehen habe handeln können.

Darauf sagte ich, daß ich noch den Reichskanzler aufsuchen möchte, da dies vielleicht die letzte Gelegenheit sei, ihn zu sehen. Er bat mich, es zu tun. Ich traf den Kanzler sehr erregt an. Seine Exzellenz begann sofort lebhaft auf mich einzureden, und sein Erguß dauerte ungefähr 20 Minuten¹⁾. Er sagte, der von Seiner Majestät Regierung getane Schritt sei ganz furchtbar; bloß wegen eines Wortes „Neutralität“, eines Wortes, das in Kriegszeiten so oft mißachtet worden sei — bloß wegen eines Fetzens Papier wolle Großbritannien nun mit einer stammverwandten Nation Krieg führen, die nichts Besseres wünschte, als in Freundschaft mit ihm zu leben. Alle seine diesbezüglichen Bemühungen seien durch diesen letzten furchtbaren Schritt nutzlos geworden und die Politik, der er sich, wie ich wisse, seit seinem Amtsantritt gewidmet habe, sei wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Was wir getan, sei unglaublich; es sei, wie wenn man jemand, der gegen zwei Angreifer um sein Leben kämpfe, von hinten anfalle. Er halte Großbritannien für alle etwa eintretenden Folgen verantwortlich! Ich erhob scharfen Einspruch gegen diese Behauptung und bemerkte, ebenso wie er und Herr von Jagow mir begreiflich zu machen wünschten, daß es aus strategischen Gründen für Deutschland eine Frage von Leben und Tod bedeute, durch Belgien zu marschieren und seine Neutralität zu verletzen, wünschte ich sein Verständnis dafür zu erhalten, daß es für die Ehre Großbritanniens sozusagen eine Frage von „Leben und Tod“ sei, seine feierliche Verpflichtung zu halten und die belgische Neutralität bei einem Angriff bis zum äußersten zu verteidigen. Dieser feierliche Vertrag müsse einfach gehalten werden, oder wer könnte sonst künftig noch den von Großbritannien eingegangenen Verpflichtungen trauen? Der Kanzler warf ein: „Aber um welchen Preis wird dieser Vertrag gehalten

¹⁾ Da die Frage aufgeworfen wurde, in welcher Sprache diese Unterredung und die Erklärung des Kanzlers erfolgte, wurden bei Sir Horace Rumbold Erkundigungen eingezogen. Er schreibt, nach damals gemachten privaten Aufzeichnungen habe ihn Sir Edward Goschen am selben Tage unterrichtet, daß „der Kanzler einen regelrechten Vortrag auf Englisch hielt“*.

* Bethmann Hollweg hat dem Herausgeber der deutschen Ausgabe am 17. August 1919 auf Anfrage mitgeteilt, daß seine „Unterredung mit dem Botschafter Sir Edward Goschen teils englisch, teils deutsch geführt worden ist“. Es war Bethmann Hollweg damals jedoch nicht mehr genau erinnerlich, in welcher Sprache dabei der Ausdruck „Fetzen Papier“ fiel. In seinen „Betrachtungen zum Weltkriege“, 1. Teil, Berlin 1919, Seite 179–180, Fußnote, schrieb Bethmann Hollweg „... ein Fetzen Papier, a scrap of paper“.

worden sein! Hat die britische Regierung daran gedacht?“ Ich gab Seiner Exzellenz so deutlich als möglich zu verstehen, daß die Furcht vor den Folgen kaum als eine Entschuldigung für den Bruch feierlich eingegangener Verträge gelten könne, aber Seine Exzellenz war so aufgeregt, augenscheinlich von der Nachricht unseres Vorgehens so übermannt und so wenig geneigt, auf die Stimme der Vernunft zu hören, daß ich davon absah, durch weitere Argumente Öl ins Feuer zu gießen. Als ich mich zum Gehen anschickte, sagte er noch, der Schlag, daß Großbritannien sich den Feinden Deutschlands anschließe, sei umso schwerer, als er und seine Regierung fast bis zum letzten Augenblick mit uns zusammengewirkt und unsere Bemühungen unterstützt hätten, den Frieden zwischen Österreich und Rußland zu erhalten. Ich gab zu, daß dem so gewesen sei, und bemerkte, es bilde einen Teil der Tragödie, daß die beiden Nationen gerade in dem Augenblick auseinandergerieten, als sich ihre gegenseitigen Beziehungen freundschaftlicher und herzlicher denn seit Jahren gestaltet hatten. Unglücklicherweise habe sich trotz unseren Bemühungen, den Frieden zwischen Rußland und Österreich zu erhalten, der Krieg ausgebreitet und uns vor eine Lage gestellt, der wir, wenn wir unsere Verpflichtungen einhielten, unmöglich ausweichen könnten, und die leider die Trennung von unseren bisherigen Mitarbeitern bedinge. Er werde leicht verstehen, daß niemand dies mehr bedaure als ich.

Nach dieser etwas peinlichen Unterredung kehrte ich in die Botschaft zurück und schrieb mein Telegramm No. 137 nieder. Dies Telegramm wurde ein wenig vor 9 Uhr abends beim Haupttelegraphenamt aufgegeben. Es wurde dort angenommen, doch anscheinend nie befördert.

Gegen 9³⁰ abends besuchte mich der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Herr von Zimmermann. Nachdem er sein tiefes Bedauern ausgedrückt hatte, daß unsere recht freundschaftlichen amtlichen und persönlichen Beziehungen aufhören sollten, fragte er mich beiläufig, ob die Forderung der Pässe einer Kriegserklärung gleichkäme. Ich erwiderte, daß eine derartige Autorität des Völkerrechts, wie er bekanntermaßen sei, ebenso gut oder besser wie ich wissen müsse, was in solchen Fällen üblich sei. Ich fügte hinzu, es habe viele Fälle gegeben, wo die diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden seien, ohne daß der Krieg deswegen ausgebrochen wäre; aber im vorliegenden Falle würde er aus meinen Instruktionen, die ich Herrn von Jagow in Paraphrase übergeben hätte, ersehen haben, daß Seiner Majestät Regierung bis 12 Uhr nachts Antwort auf eine bestimmte Frage erwarte und daß sie sich mangels einer befriedigenden Antwort gezwungen sähe, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die ihre Verpflichtungen erheischten. Herr Zimmermann meinte, das sei in der Tat eine Kriegserklärung, da die Reichsregierung weder in dieser Nacht noch zu irgendeiner sonstigen Zeit die verlangte Zusicherung geben könne.

Am andern Morgen verlangte ich schriftlich meine Pässe.

Einige Zeit, nachdem Herr Zimmermann sich von mir verabschiedet hatte, wurde ein vom „Berliner Tageblatt“ ausgegebenes Extrablatt verbreitet, daß Großbritannien an Deutschland den Krieg erklärt habe. Die unmittelbare Folge dieser Nachricht war, daß sich ein äußerst aufgeregter und ungebärdiger Pöbelhaufe vor Seiner Majestät Botschaft ansammelte. Die kleine Polizeitruppe, die man zum Schutze der Botschaft hergeschickt hatte, war bald überwältigt und die Haltung der Menge wurde drohender. Wir beachteten diese Kundgebung weiter nicht, solange sie sich auf Gelärm beschränkte; doch als die Fensterscheiben klirrten und Steine ins Gesellschaftszimmer, in dem wir alle saßen, hereingeflogen kamen und wir daraus ersahen, daß die Lage ungemütlich werde, teilte ich dem Auswärtigen Amt die Vorgänge telephonisch mit. Herr von Jagow benachrichtigte sofort den Polizeipräsidenten, mit großer Promptheit erschien ein ausreichender Trupp berittener Polizei und die Straße war sehr bald gesäubert. Von da an wurden wir gut geschützt und direkte Unannehmlichkeiten kamen nicht mehr vor.

Nachdem die Ordnung wiederhergestellt war, suchte mich Herr von Jagow auf und drückte sein allerherzlichstes Bedauern über das Vorgefallene aus. Er meinte, das Benehmen seiner Landsleute beschäme ihn mehr, als er in Worte fassen könne. Der Ruf Berlins sei unauslöschlich befleckt. Er sagte, das in den Straßen verbreitete Extrablatt sei von der Regierung nicht genehmigt worden; in der Tat habe ihn der Kanzler telephonisch gefragt, ob seiner Ansicht nach eine derartige Anzeige veröffentlicht werden solle, und er habe erwidert: „Bestimmt nicht bis morgen früh.“ Gerade infolge dieser Entscheidung sei nur eine kleine Polizeitruppe in die Nähe der Botschaft geschickt worden, da er dachte, daß die Anwesenheit eines starken Aufgebots unfehlbar Aufmerksamkeit erregen und vielleicht Unruhen hervorrufen würde. Dies „verwünschte „Tageblatt““ habe irgendwie die Nachricht erfahren und seine Berechnungen über den Haufen geworfen. Er habe Gerüchte gehört, wonach von der Botschaft aus Zeichen gemacht und Gegenstände geworfen worden seien, was die Menge zu Gewalttätigkeiten aufgereizt habe, er sei aber überzeugt, daß das nicht wahr sei (ich vermochte ihm bald zu versichern, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehrten), doch selbst wenn das der Fall gewesen, sei es keine Entschuldigung für die würdelosen Auftritte, die stattgefunden hätten. Er befürchte, ich würde einen kläglichen Eindruck von den Berliner Manieren in Augenblicken der Erregung mit nach Hause nehmen. Tatsächlich hätte keine Entschuldigung vollständiger sein können.

Am nächsten Morgen, dem 5. August, schickte Seine Majestät der Kaiser einen seiner Flügeladjutanten mit der folgenden Botschaft zu mir:

„Der Kaiser hat mir befohlen, Euerer Exzellenz sein Bedauern für die Vorfälle der vergangenen Nacht auszudrücken, Ihnen aber gleichzeitig zu sagen, daß sie Ihnen einen Begriff von den Gefühlen seines Volkes über die Handlungsweise Großbritanniens geben dürften, das sich anderen Nationen gegen seine alten Verbündeten von Waterloo anschloß. Seine Majestät ersucht auch, Sie möchten dem König sagen, daß er stolz auf die Titel eines britischen Feldmarschalls und britischen Admirals war, daß er sich jedoch infolge des Geschehenen jetzt und unverzüglich dieser Titel entledigen müsse.“

Ich möchte dem hinzufügen, daß diese Botschaft durch die Art, wie sie ausgerichtet wurde, nichts von ihrer hochfahrenden Schärfe verlor.

Auf der andern Seite möchte ich feststellen, daß ich während dieser ganzen mißlichen Zeit seitens des Herrn von Jagow und der Beamten des Auswärtigen Amtes stets nur mit Höflichkeit behandelt wurde. Um etwa 11 Uhr am selben Morgen übergab mir Graf Wedel meine Pässe und sagte mir, er sei beauftragt, den für meine Rückkehr nach England einzuschlagenden Reiseweg mit mir zu besprechen. Er bemerkte, gehört zu haben, daß ich die Route über Hoek van Holland der über Kopenhagen vorziehe; man habe daher Anstalten getroffen, daß ich die erstere Strecke benutzen sollte, nur müsse ich noch bis zum nächsten Morgen warten. Ich war damit einverstanden, und er sagte, ich könne ganz sicher sein, daß sich die schmachvollen Auftritte der vorigen Nacht nicht wiederholen würden, da umfassende Vorsichtsmaßnahmen getroffen würden. Er fügte hinzu, daß sie alles in ihrer Macht täten, um dem Zug einen Speisewagen anhängen zu lassen, das sei aber ziemlich schwierig. Er brachte mir auch einen reizenden, in den freundlichsten Ausdrücken abgefaßten Brief von Herrn von Jagow. Wir verbrachten den Tag mit dem Verbrennen der Chiffren und anderer vertraulicher Papiere, mit dem Versiegeln der Archive, wobei die Sekretäre der Botschaft der Vereinigten Staaten halfen, und mit dem Packen von Sachen, soweit die Zeit es erlaubte.

Die Nacht verlief ruhig ohne jeden Zwischenfall. Am Morgen wurde ein starkes Polizeiaufgebot längs dem gewöhnlichen Weg nach dem Lehrter Bahnhof aufgestellt, während das Botschaftspersonal in Droschken auf Seitenstraßen nach dem Bahnhof geschmuggelt wurde. Wir hatten dort keinerlei Belästigung zu erleiden und entgingen der Behandlung, die meinem russischen und französischen Kollegen seitens der Menge widerfuhr. Graf Wedel kam auf den Bahnhof, um uns im Namen Herrn von Jagows Lebewohl zu sagen und sich davon zu überzeugen, daß alle für unsere Bequemlichkeit getroffenen Anordnungen richtig ausgeführt worden waren. Ein Gardeoberst a. D. fuhr bis zur holländischen Grenze im Zug mit und bemühte sich äußerst freundlich zu verhindern, daß uns die großen Menschenmengen be-

schimpften, die sich auf den Bahnhöfen jeder Station, an der wir hielten, drängten. Aber außer über das Gebrüll vaterländischer Lieder, sowie über einige Verhöhnungen und beleidigende Gebärden hatten wir uns auf unserer ermüdenden Fahrt nach der holländischen Grenze wirklich über nichts zu beklagen.

Ehe ich diesen langen Bericht über unsere letzten Tage in Berlin schließe, möchte ich noch das ganz bewundernswerte Verhalten meines Personals unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen buchen und zu Ihrer Kenntnis bringen. Alle ohne Ausnahme haben Tag und Nacht fast ohne Rast gearbeitet und ich vermag den lebhaft-frischen Eifer garnicht hoch genug zu rühmen, mit dem sich der Botschaftsrat, der Marine- und Militärattaché, die Sekretäre und die beiden jungen Attachés an ihre Aufgabe machten und ihre Ruhe behielten, wenn oft draußen ein Volkshaufe lärmte und drinnen Hunderte von britischen Untertanen laut um Rat und Hilfe riefen. Ich war stolz, daß ich solch ein Personal zur Mitarbeit hatte und bin ihnen allen für ihre unschätzbare Hilfe und Unterstützung höchst dankbar, die sie des öfters beträchtlicher persönlicher Gefahr aussetzte und die sie mir doch so bereitwillig und freudig zuteil werden ließen.

Ich möchte auch die große uns allen von Seiten meines amerikanischen Kollegen, Herrn Gerard, und seinem Personal gewährte Hilfe erwähnen. Seine Exzellenz ließ sich von dem höhnischen Geschrei und Gezisch, mit denen er oft vom Pöbel beim Betreten und Verlassen der Botschaft begrüßt wurde, nicht abschrecken und suchte mich wiederholt auf, um sich zu erkundigen, wie er uns helfen und Anordnungen für die Sicherheit gestrandeter britischer Untertanen treffen könne. Er befreite viele von ihnen mit einiger Gefahr für seine eigene Person aus äußerst schwierigen Lagen und seine Ruhe, sein *savoir-faire* und seine Festigkeit im Umgang mit den kaiserlichen Behörden verliehen volle Sicherheit, daß der Schutz britischer Untertanen und Interessen keinen tüchtigeren und fähigeren Händen hätte überlassen werden können.

Ich habe usw.

W. E. Goschen

Im BB No. 160 (leicht paraphrasiert und unter Auslassung einer Stelle) veröffentlicht

(38442)

No. 672

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 213. *En clair* Auswärtiges Amt, den 12. August 1914
A. 7¹⁵ nachm.

Auf die Bitte der französischen Regierung, der keine direkten diplomatischen Verkehrswege mit Österreich offen stehen, habe ich

dem österreichischen Botschafter eine Mitteilung gemacht, die einem völligen Bruch zwischen Frankreich und Österreich gleichkommt, und zwar mit der Begründung, daß Österreich an Rußland, das bereits auf Seiten Frankreichs kämpfe, den Krieg erklärt, und daß Österreich unter Umständen, die eine unmittelbare Bedrohung Frankreichs bedeuten, Truppen über die deutsche Grenze geschickt hat.

Da auf diese Weise der Bruch mit Frankreich herbeigeführt ist, fühlt sich Seiner Majestät Regierung verpflichtet, Sie anzuweisen, Ihre Pässe zu verlangen, und ich habe dem österreichischen Botschafter angezeigt, daß von Mitternacht an der Kriegszustand zwischen den beiden Ländern besteht.

No. 673

Sir Edward Grey an Graf Mensdorff

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 12. August 1914

Verehrter Graf Mensdorff,

Ich vermag es nicht in Worte zu fassen, wie bekümmert ich bin, daß ich Ihnen persönlich die Anzeige machen muß, die in meinem offiziellen Schreiben enthalten ist, dessen Inhalt ich an De Bunsen telegraphiert habe¹⁾.

Ich möchte Sie gerne sehen, um Ihnen Lebewohl zu sagen und die Hand zu schütteln und um Ihnen zu versichern, wie sehr meine persönliche Freundschaft unverändert bleibt.

Wollen Sie nach Queen Anne's Gate Nr. 28 kommen, wo ich wohne und wo wir beim Abschiednehmen ganz unter uns sein werden?

Ich bin jeden Morgen um 10 Uhr dort.

Ihr aufrichtig ergebener

Edward Grey

No. 674

Graf Mensdorff an Sir Edward Grey

Österreichisch-ungarische Botschaft

(Privat)

Belgrave Square 18, S. W., den 12. August 1914

Verehrter Sir Edward,

Ich bin über die mir soeben von Ihnen zugegangene Ankündigung tief bekümmert.

¹⁾ No. 672.

Ich weiß die in Ihrem inoffiziellen Briefe zum Ausdruck gebrachten persönlichen freundschaftlichen Gefühle sehr zu schätzen und erwidere sie von Herzen. Ich werde morgen früh um 9 Uhr 30 in Queen Anne's Gate No. 28 vorsprechen.

Ihr aufrichtig ergebener
Albert Mensdorff

(41041)

No. 675

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

Auswärtiges Amt, den 1. September 1914

Euere Exzellenz!

Ich habe den Bericht Euerer Exzellenz No. 309 vom 6. v. Mts.¹⁾, der die Ereignisse in Berlin unmittelbar vor und nach dem Kriegsausbruch zwischen Großbritannien und Deutschland schildert, mit großem Interesse gelesen und ihn dem König vorgelegt.

Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen das vollkommene Einverständnis Seiner Majestät Regierung nicht nur mit der Haltung und Sprache Euerer Exzellenz im letzten Stadium der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sondern auch mit Ihrer gesamten Leitung Seiner Majestät Botschaft während einer außerordentlich schwierigen und aufreibenden Zeit zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe mit Befriedigung von den Bemerkungen Euerer Exzellenz über die Mitglieder Ihres Stabes Kenntnis genommen und habe Seiner Majestät Botschafter in Washington beauftragt, Herrn Gerard durch die Regierung der Vereinigten Staaten den warmen Dank Seiner Majestät Regierung für seine große persönliche Hingabe und Tatkraft zu übermitteln, die er unter diesen kritischen Umständen für die britischen Interessen an den Tag gelegt hat.

Ich bin usw.

E. Grey

(48877)

No. 676

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

London, den 1. September 1914

Euere Exzellenz!

Die Schnelligkeit des Ganges der Ereignisse in den Tagen, die zum Ausbruch des europäischen Krieges führten, machte es damals

¹⁾ No. 671.

unmöglich, mehr zu tun, als über ihr Fortschreiten telegraphisch zu berichten. Ich möchte nun einige Bemerkungen hinzufügen.

Der am 23. Juli in Belgrad erfolgten Übergabe der österreichischen Note an Serbien war eine Periode völligen Stillschweigens am Ballplatz vorausgegangen. Außer Herrn von Tschirsky*, dem der wesentliche Inhalt, wenn nicht der genaue Wortlaut der Note bekannt gewesen sein mußte, war es keinem meiner Kollegen vergönnt, hinter den Vorhang zu blicken. Am 22. und 23. Juli hatte der französische Botschafter Herr Dumaine lange Unterredungen mit Baron Macchio, einem der Unterstaatssekretäre des Äußern, der Herrn Dumaine unter dem Eindruck beließ, daß die warnenden Worte, die er auftragsgemäß an die österreichisch-ungarische Regierung zu richten gehabt, nicht ungehört verhallt wären und daß man an der in Vorbereitung befindlichen Note nichts entdecken werde, was zu erfüllen ein Staat von Selbstachtung zu zögern brauchte. In der zweiten Unterredung wurde er nicht einmal davon verständigt, daß die Note im selben Augenblick in Belgrad überreicht werde und daß sie am nächsten Morgen in Wien veröffentlicht würde. Graf Forgach, der andere Unterstaatssekretär, war dagegen so freundlich gewesen, mir am selben Tag den wahren Charakter der Note und ihre Übergabe zurzeit unseres Gesprächs vertraulich mitzuteilen.

Den russischen Botschafter hatte man so wenig von den kommenden Dingen unterrichtet, daß er Wien tatsächlich um den 20. Juli verließ, um einen vierzehntägigen Urlaub anzutreten; er war aber nur wenige Tage fort, als ihn die Ereignisse zurückriefen. Man hätte annehmen sollen, daß Graf Berchtold den Herzog Avarna, Botschafter des verbündeten Königreichs Italien, das durch neue Verwicklungen auf dem Balkan so nahe berührt werden mußte, in dieser kritischen Zeit voll ins Vertrauen gezogen hätte. In Wirklichkeit wurde Seine Exzellenz ganz im Dunkeln gelassen und zwar ohne Zweifel aus dem guten Grunde, weil Italien die in der Note vom 23. Juli verkörperte Politik sicher verworfen hätte, wenn es aufgefordert worden wäre, sie zu decken. Was mich betrifft, so machte mir Graf Berchtold keine Andeutungen über den heraufziehenden Sturm und es war eine private Quelle, aus der ich am 15. Juli eine Voranzeige der kommenden Dinge erhielt, worüber ich am andern Tag in meinem Telegramm No. 85 berichtete¹⁾. Allerdings haben die „Neue Freie Presse“ und andere leitende Blätter Wiens in dieser ganzen Zeit eine Sprache geführt, die unverkennbar auf einen Krieg mit Serbien hinwies. Das amtliche „Fremdenblatt“ war jedoch vorsichtiger und bis zur Veröffentlichung der Note überwog unter meinen Kollegen die Ansicht, Österreich werde vor Schritten zurückschrecken, die geeignet wären, es in ernste europäische Verwicklungen zu verstricken.

¹⁾ No. 50.

* Richtig Tschirschky.

Am 24. Juli wurde die Note in den Zeitungen veröffentlicht und sofort einmütig Ultimatum genannt. Ihre vollständige Annahme durch Serbien wurde weder erwartet noch gewünscht, und als am folgenden Nachmittag in Wien zuerst das Gerücht von ihrer bedingungslosen Annahme umging, herrschte einen Augenblick große Enttäuschung. Der Irrtum wurde rasch berichtigt und sobald es später am Abend bekannt wurde, daß die serbische Antwort zurückgewiesen worden sei und Baron Giesl die Beziehungen zu Belgrad abgebrochen habe, bemächtigte sich der Stadt Wien ein Freudentaumel und ungeheure Volksmassen zogen, vaterländische Lieder singend, bis in die frühen Morgenstunden durch die Straßen.

Die Kundgebungen, die größtenteils aus organisierten Umzügen durch die Hauptstraßen bestanden und am Kriegsministerium endeten, verliefen in vollkommener Ordnung. Ein oder zwei Versuche, feindliche Kundgebungen vor der russischen Botschaft zu veranstalten, wurden durch die starke Polizeiwache vereitelt, die während jener Tage die Zugänge zu den Hauptbotschaften besetzt hielt. Das Verhalten der Bevölkerung Wiens und, wie mir berichtet wurde, vieler anderer Großstädte der Monarchie verriet deutlich die Volkstümlichkeit des Gedankens eines Krieges mit Serbien und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die wenigen österreichischen und ungarischen Staatsmänner, die diesen folgenschweren Schritt unternahmen, die Gefühle, und man darf sogar sagen: die Entschlossenheit des Volkes — ausgenommen vermutlich in Teilen der von slawischen Rassen bewohnten Provinzen — richtig eingeschätzt haben. Weite Kreise hatte es stark enttäuscht, daß in der Annexionskrise von 1908 und wieder im Zusammenhang mit dem kürzlichen Balkankrieg der Krieg mit Serbien vermieden worden war. Die Friedenspolitik des Grafen Berchtold hatte in den Delegationen nur wenig Anklang gefunden. Jetzt waren die Schleusen geöffnet, und die gesamte Bevölkerung und Presse verlangte ungestüm eine unverzügliche und angemessene Bestrafung der verhaßten serbischen Rasse. Das Land war sicher des Glaubens, daß es bloß vor der Wahl stehe, Serbien zu unterwerfen oder früher oder später von ihm zerstückelt zu werden. Doch hätte eine friedliche Lösung zuerst versucht werden sollen. Nur wenige schienen sich zu überlegen, daß das gewaltsame Eingreifen einer Großmacht auf dem Balkan unfehlbar andere Großmächte auf den Plan bringen mußte. Für so gerecht sah man die Sache Österreichs an, daß es seinem Volke undenkbar erschien, irgendein Land könne sich ihm in den Weg stellen, oder Fragen der bloßen Politik oder des Prestiges könnten irgendwo für wichtiger gehalten werden als die entstandene Notwendigkeit, summarische Sühne für das Verbrechen von Serajewo zu erzwingen. Ich habe bereits die mir am 24. Juli vom deutschen Botschafter zum Ausdruck gebrachte Überzeugung berichtet, daß Rußland nicht eingreifen werde. Dies Gefühl, das auch am Ballplatz

herrschte, hat ohne Zweifel den Lauf der Ereignisse beeinflußt, und es ist bedauerlich, daß man sich nicht darum bemüht hat, durch diplomatische Unterhandlungen die Einwilligung Rußlands und ganz Europas für einen friedlichen Kompromiß in der serbischen Frage zu erlangen, durch den die österreichische Furcht vor serbischen Angriffen und Ränken für die Zukunft hätte beseitigt werden können. Statt diesen Weg einzuschlagen, entschloß sich die österreichisch-ungarische Regierung zum Kriege. Die unausbleibliche Folge trat ein. Rußland beantwortete eine Teilmobilmachung Österreichs und dessen Kriegserklärung an Serbien mit einer Teilmobilmachung gegen Österreich. Österreich begegnete diesem Zug durch die Vervollständigung seiner Mobilmachung und Rußland antwortete wieder mit Ergebnissen, die in die Geschichte übergegangen sind. Das Schicksal der von Seiner Majestät Regierung zur Erhaltung des Friedens gemachten Vorschläge ist im Weißbuch über die europäische Krise verzeichnet. Am 28. Juli sah ich Graf Berchtold und empfahl so dringend wie nur möglich die Annahme des am Tag vorher in Ihrer Unterhausrede erwähnten Vermittlungsvorschlags¹⁾, der eine ehrenvolle und friedliche Beilegung der schwebenden Frage darbot. Seine Exzellenz las mir selbst einen telegraphischen Bericht Ihrer Rede vor, fügte aber hinzu, die Dinge seien schon zu weit gediehen; Österreich werde am selben Tag an Serbien den Krieg erklären und könne auf keinen Fall die Konferenz annehmen, die nach Ihrem Vorschlag auf Grund der serbischen Antwort zwischen den weniger interessierten Mächten stattfinden sollte. Das sei eine Angelegenheit, die direkt zwischen den beiden unmittelbar beteiligten Parteien geregelt werden müsse. Ich bemerkte, Seiner Majestät Regierung würde mit Bedauern vernehmen, daß die Feindseligkeiten nicht mehr aufgehalten werden könnten, da Sie befürchteten, daß sie zu europäischen Verwicklungen führen würden. Ich bestritt, daß Großbritannien keine Sympathie für die berechtigten Beschwerden Österreichs gegen Serbien habe, und wies darauf hin, daß, während Österreich diese Beschwerden zum Ausgangspunkt seiner Politik zu machen scheine, Seiner Majestät Regierung die Frage in erster Linie vom Standpunkt der Erhaltung des europäischen Friedens aus betrachten müsse. Auf diese Weise könnten die beiden Länder leicht auseinander treiben.

Seine Exzellenz erklärte, auch er behalte die europäische Seite der Frage im Auge. Er meinte jedoch, Rußland habe nach Erhalt seiner Zusicherung, daß Österreich keinen Gebietserwerb anstrebe, kein Recht zur Einmischung. Seine Exzellenz bemerkte im Verlaufe des Gesprächs zu mir, er habe, obgleich er gerne zur Herbeiführung der Regelung, die während der Balkankrise aus der Botschafterkonferenz in London entstanden war, die Hand geliehen habe,

¹⁾ No. 190.

nie viel Vertrauen in die Dauerhaftigkeit jener Regelung gehabt, die notwendigerweise ein höchst künstliches Gebilde sei, weil die Interessen, die sie in Einklang zu bringen suchte, an sich viel zu weit auseinanderliefen. Seine Exzellenz verhielt sich während der ganzen Unterredung äußerst freundlich, aber ich hatte keinen Zweifel mehr über die Entschlossenheit der österreichisch-ungarischen Regierung, in Serbien einzumarschieren.

Die deutsche Regierung macht geltend, sie habe sich andauernd bis zum Schlusse bemüht, Ihre nacheinander im Interesse des Friedens gemachten Vorschläge in Wien zu unterstützen. Herr von Tschirsky unterließ es jedoch, mich oder den französischen und russischen Botschafter zur Mitwirkung bei Ausführung seiner diesbezüglichen Weisungen aufzufordern und ich vermochte nicht zu erfahren, welchen Bescheid er von der österreichisch-ungarischen Regierung erhielt. Dagegen hat mich der russische Botschafter Herr Schebeko über seine eigenen direkten Verhandlungen mit dem Grafen Berchtold völlig auf dem laufenden gehalten. Herr Schebeko bemühte sich am 28. Juli, die österreichisch-ungarische Regierung zu überreden, den Grafen Szapary zur Fortsetzung der hoffnungsvollen Besprechungen in St. Petersburg zu ermächtigen, die dort zwischen dem letzteren und Herrn Sasonow stattgefunden hatten. Graf Berchtold ging damals nicht darauf ein, aber zwei Tage später (30. Juli) empfing er — obschon Rußland mittlerweile seine Teilmobilmachung gegen Österreich angeordnet hatte — Herrn Schebeko wieder in vollkommen freundschaftlicher Weise und stimmte der Fortführung der Besprechungen in St. Petersburg zu. Von da an war die Spannung zwischen Rußland und Deutschland viel größer als zwischen Rußland und Österreich. Zwischen diesen beiden schien ein Übereinkommen fast in Sicht zu sein und am 1. August teilte mir Herr Schebeko mit, Graf Szapary habe endlich in der strittigen Hauptfrage nachgegeben, indem er Herrn Sasonow ankündigte, daß Österreich einwilligen wolle, diejenigen Punkte der Note an Serbien, die mit der Wahrung der serbischen Unabhängigkeit unvereinbar zu sein schienen, einer Vermittlung zu unterbreiten. Herr Sasonow, fügte Herr Schebeko hinzu, habe diesen Vorschlag unter der Bedingung angenommen, daß Österreich von einem wirklichen Einmarsch in Serbien absähe. Österreich hatte in der Tat schließlich nachgegeben und daß es selbst damals guter Hoffnung in bezug auf einen friedlichen Ausgang war, erhellt aus der Mitteilung, die Graf Mensdorff am 1. August Ihnen machte und die lautete, daß Österreich weder vor einem Kompromiß „die Türe zugeschlagen“ noch die Besprechungen abgeschnitten habe¹⁾. Herr Schebeko war bis zuletzt eifrig für den Frieden tätig. Er führte Graf Berchtold gegenüber die versöhnlichste Sprache und unterrichtete mich, daß dieser ebenso wie

¹⁾ No. 412.

Graf Forgach im selben Geiste geantwortet hätte. Gewiß konnte Rußland nicht gerade erwarten, daß Österreich seine Truppen zurückhalten werde, aber das hätte wahrscheinlich durch Verhandlungen beigelegt werden können, und Herr Schebeko sagte mir wiederholt, er sei bereit, jeden vernünftigen Kompromiß anzunehmen, wie zum Beispiel eine Vereinbarung, daß Österreich Belgrad besetzen oder sogar weiter nach Serbien hinein vorrücken dürfe, um die nötige Strafe aufzuerlegen, ehe es seine Aktion einstelle, vorausgesetzt, daß Rußland bei der schließlichen Regelung der serbischen Angelegenheiten mitzureden habe.

Unglücklicherweise wurden diese Besprechungen in St. Petersburg und Wien durch die Übertragung des Streites auf den gefährlicheren Boden eines unmittelbaren Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland abgeschnitten. Deutschland trat am 31. Juli mit seinen doppelten Ultimaten nach St. Petersburg und Paris dazwischen. Die Ultimaten waren von einer Art, auf die nur eine Antwort möglich ist, und Deutschland erklärte am 1. August an Rußland und am 3. August an Frankreich den Krieg. Ein Aufschub von ein paar Tagen würde aller Wahrscheinlichkeit nach Europa vor einem der größten Schicksalsschläge der Geschichte bewahrt haben.

Rußland vermied es noch immer, Österreich anzugreifen, und Herr Schebeko hatte Weisung erhalten, auf seinem Posten zu bleiben, bis die österreichisch-ungarische Regierung Rußland tatsächlich den Krieg erklärte. Das geschah erst am 6. August, als Graf Berchtold die ausländischen Botschaften und Gesandtschaften in Wien benachrichtigte, „der österreichisch-ungarische Botschafter in St. Petersburg sei beauftragt worden, der russischen Regierung zu notifizieren, daß Österreich-Ungarn sich im Hinblick auf die drohende Haltung Rußlands im österreichisch-serbischen Konflikt und die Tatsache, daß Rußland die Feindseligkeiten gegen Deutschland begonnen habe, als im Kriegszustand mit Rußland befindlich betrachte“.

Herr Schebeko reiste am 7. August in einem von der österreichisch-ungarischen Regierung besorgten Sonderzug unauffällig ab. Er hatte dringend darum ersucht, an die rumänische Grenze befördert zu werden, damit er von da nach seinem Heimatland weiterfahren könne, aber er wurde statt dessen an die Schweizer Grenze gebracht und zehn Tage später traf ich ihn in Bern.

Der französische Botschafter Herr Dumaine blieb bis zum 12. August in Wien. Am Tag vorher hatte er den Auftrag erhalten, seine Pässe mit der Begründung zu fordern, daß österreichische Truppen gegen Frankreich verwendet würden. Dieser Punkt war noch nicht voll aufgeklärt, als ich Wien verließ. Am 9. August gab Graf Berchtold Herrn Dumaine die kategorische Erklärung ab, daß keine österreichischen Truppen nach dem Elsaß befördert würden. Am andern Tag wurde diese Erklärung schriftlich durch eine weitere ergänzt, in der Graf Berchtold nicht nur versicherte, daß tatsächlich keine öster-

reichischen Truppen an die französische Grenze geschafft worden seien, sondern daß auch von Österreich aus keine in westlicher Richtung nach Deutschland befördert würden, um deutsche Fronttruppen etwa ersetzen zu können. Graf Berchtold gab diese beiden Erklärungen in Erwiderung auf bestimmte Fragen ab, die Herr Dumaine im Auftrag seiner Regierung an ihn richtete. Bei der Abreise des französischen Botschafters fanden keine feindlichen Kundgebungen statt, aber Seine Exzellenz hatte sich vorher mit Recht durch eine Ansprache des Oberbürgermeisters von Wien an die vor der Rathaustreppe versammelte Menge gekränkt gefühlt, in der dieser dem Volk versicherte, in Paris sei die Revolution ausgebrochen und der Präsident der Republik ermordet worden.

Die britische Kriegserklärung an Deutschland wurde in Wien am 5. August mittags durch Extrablätter der Zeitungen bekanntgegeben. Am selben Tag erschien auch ein Auszug aus Ihren Unterhausreden und aus der Reichstagsrede des Kanzlers vom 4. August, sowie der Wortlaut des deutschen Ultimatums an Belgien. Sonst sind nur wenige Einzelheiten der großen Ereignisse in jenen Tagen durchgesickert. Die „Neue Freie Presse“ erging sich in wütenden Beschimpfungen Englands. Das „Fremdenblatt“ verhielt sich nicht anstößig, aber in den Spalten der Wiener Zeitungen erschien nur wenig oder nichts zur Aufklärung, daß die Verletzung der belgischen Neutralität Seiner Majestät Regierung keine andere Wahl als die Teilnahme am Krieg gelassen hatte.

Die Erklärung der italienischen Neutralität wurde in Wien bitter empfunden, aber in der Presse kaum erwähnt. Ihre Gründe wurden an anderer Stelle zur Genüge dargelegt. Am 4. August reiste Herzog Avarna plötzlich nach Rom, wo er ungefähr eine Woche lang blieb. Im Verlauf der zum Kriege führenden Krise und nach Rückkehr des Botschafters aus Rom bot sich mir häufig Gelegenheit zu Unterhaltungen mit Seiner Exzellenz; er war zwar während der zehnjährigen Dauer seiner Wiener Mission ein aufrichtiger Anhänger des italienischen Bündnisses mit den befreundeten Mächten, ihn hatte aber mit Recht die Art und Weise verletzt, in der, wie oben ausgeführt, die Interessen seines Landes in der serbischen Frage vom Ballplatz geflissentlich ignoriert worden waren.

Am 5. August hatte ich die Ehre, Ihre Weisung vom Tag vorher zu erhalten¹⁾, die mich auf den unmittelbaren Ausbruch des Krieges mit Deutschland vorbereitete, in der es jedoch weiterhin hieß, daß Sie, da Österreich zu jener Zeit als noch nicht im Kriegszustand mit Rußland und Frankreich befindlich galt, nicht wünschten, ich solle meine Pässe verlangen oder eine besondere Mitteilung an die österreichisch-ungarische Regierung richten. Gleichzeitig erklärten Sie, Seiner Majestät Regierung erwarte natürlich, daß Österreich keine Kriegshandlung

¹⁾ No. 618.

gegen uns begehe, ohne uns eine dem diplomatischen Brauch entsprechende Ankündigung gemacht zu haben.

Am Donnerstag morgen, dem 13. August, hatte ich die Ehre, Ihr Telegramm vom 12. zu erhalten¹⁾, wonach Sie genötigt waren, den Grafen Mensdorff auf Wunsch der französischen Regierung zu benachrichtigen, daß zwischen Frankreich und Österreich ein vollständiger Bruch eingetreten sei, weil Österreich an Rußland, das bereits auf Seiten Frankreichs kämpfe, den Krieg erklärt und Österreich unter Umständen, die eine direkte Bedrohung Frankreichs bedeuten, Truppen an die deutsche Grenze geschickt habe. Da auf diese Weise der Bruch mit Frankreich herbeigeführt worden sei, sollte ich meine Pässe fordern, und Ihr Telegramm besagte zum Schlusse, Sie hätten dem Grafen Mensdorff mitgeteilt, daß vom 12. August mitternachts an der Kriegszustand zwischen den beiden Ländern bestünde.

Nachdem ich den amerikanischen Botschafter Herrn Penfield aufgesucht hatte, der sofort in der freundschaftlichsten Weise meiner Bitte willfahrte, Seine Exzellenz möge vorläufig während der bedauerlichen Unterbrechung der Beziehungen die britischen Interessen in Österreich-Ungarn wahrnehmen, begab ich mich mit meinem Botschaftsrat Herrn Theo. Russell zum Ballplatz. Graf Berchtold empfing mich gegen Mittag. Ich übermittelte meine Botschaft, auf die Seine Exzellenz nicht unvorbereitet zu sein schien, obwohl er mir sagte, eben sei zwar ein langes Telegramm des Grafen Mensdorff eingegangen, man habe es ihm aber noch nicht vorgelegt. Seine Exzellenz nahm meine Mitteilung mit der Höflichkeit entgegen, die ihn nie verläßt. Er beklagte die unglückseligen Verwicklungen, die solch gute Freunde wie Österreich und England in den Krieg zögen. Tatsächlich, fügte er hinzu, betrachte sich Österreich zurzeit noch nicht als mit Frankreich im Krieg befindlich, wenn auch die diplomatischen Beziehungen mit Frankreich abgebrochen seien. Ich erklärte mit wenigen Worten, wie uns die Umstände diesen unerwünschten Konflikt aufgezwungen hätten. Wir vermieden beide eine zwecklose Auseinandersetzung. Dann erlaubte ich mir, Seiner Exzellenz das Schicksal der zahlreich in Karlsbad, Wien und andern Orten der Monarchie gestrandeten britischen Untertanen zur Berücksichtigung zu empfehlen. Ich hatte darüber bereits mit ihm korrespondiert und Seine Exzellenz notierte sich meine Worte und versprach, zu prüfen, was zum Fortschaffen derselben geschehen könne, wenn der Drang der Mobilmachung vorüber sei. Graf Berchtold willigte ein, daß ich Herrn Phillpotts, bis dahin britischer Konsul in Wien unter Generalkonsul Sir Frederick Duncan, in der Eigenschaft eines „Chargé des Archives“ in der Botschaft zurücklasse. Er setzte voraus, daß, falls die österreichisch-ungarische Regierung eine ähnliche Vergünstigung in England wünsche, dies dort nicht verweigert würde.

¹⁾ No. 672.

Ich nahm mit aufrichtigem Bedauern von Graf Berchtold Abschied, da ich vom Tage meiner Ankunft in Wien vor nicht ganz neun Monaten viele Zeichen der Freundschaft und Achtung von Seiten Seiner Exzellenz empfang. Als ich ging, bat ich Seine Exzellenz, dem Kaiser Franz Joseph meine tiefste Ehrfurcht und zugleich meine Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, daß Seine Majestät diese traurigen Zeiten in ungeschwächter Gesundheit und Kraft überstehen möge. Graf Berchtold sagte, er werde meine Botschaft gerne übermitteln.

Graf Walterskirchen vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern wurde bestimmt, mir am andern Morgen meine Pässe zu bringen und mich mit den für meine Abreise am selben Abend (14. August) getroffenen Anordnungen bekanntzumachen. Im Laufe des Tages erschienen die Gräfin Berchtold und andere Damen der Wiener Gesellschaft, um sich von Lady de Bunsen auf der Botschaft zu verabschieden. Unser Sonderzug fuhr um 7 abends vom Bahnhof nach der Schweizer Grenze ab. Es fanden keine unangenehmen Zwischenfälle statt. Graf Walterskirchen hatte sich im Auftrag des Grafen Berchtold auf dem Bahnhof eingefunden. Die Reise ging infolge Überlastung der Linie unvermeidlich langsam vor sich. Wir langten am frühen Morgen des 17. August in Buchs an der Schweizer Grenze an. Auf der ersten Haltestelle hatten die zur Verladung kommenden Truppen und Bahnbeamte einiges Geschrei erhoben und Steine geworfen, aber wir kamen dadurch nicht in Ungelegenheiten, und auf den andern großen Stationen unseres Reisewegs bemerkten wir, daß umfassende Maßnahmen getroffen worden waren, um uns sowohl vor Belästigungen zu schützen als auch mit Lebensmitteln zu versorgen. Ich wurde nicht im Zweifel darüber gelassen, daß die österreichisch-ungarische Regierung wünschte, die Fahrt sollte so bequem als nur möglich vonstatten gehen und mir sollte bei meiner Abreise alle dem Vertreter Seiner Majestät schuldige Achtung erwiesen werden. Ich wurde von meiner Familie und dem ganzen Botschaftspersonal begleitet, für dessen unermüdlichen Diensteifer und wirkungsvolle Hilfe in schwerer Zeit ich meinen aufrichtigen Dank aussprechen möchte. Die Schweizer Regierung bezeugte sich ebenfalls gefällig, indem sie auf unserer Reise von der Grenze nach Bern und — nach einem dreitägigen Aufenthalt dort — weiter nach Genf für unsere Bequemlichkeit sorgte. In Genf fanden wir, daß die französische Regierung auf die Bitte von Sir Francis Bertie alle Vorsorge für unsere rasche Beförderung nach Paris getroffen hatte. Wir langten am Samstag morgen, dem 22. August, in England an.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

*Im BB No. 161 (dort einige Änderungen und Auslassungen)
veröffentlicht*

Sir E. Goschen an Sir Arthur Nicolson

Erhalten 5. September

(Privat)

Berlin, Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Sie können sich denken, daß ich seit meiner Rückkehr hierher am Montag morgen gehörig zu tun hatte. Ich traf Jagow krank und müde, aber trotzdem optimistisch an — sein Optimismus beruhte, wie er mir erklärte, auf der Ansicht, daß Rußland nicht in der Lage sei, Krieg zu führen. Ich erwiderte ihm, das scheine mir eine ziemlich gefährliche Ansicht zu sein — besonders wenn sie von Österreich geteilt werde! Daß sie unter Österreichern, wenigstens unter einigen von ihnen, vorherrscht, bewies mir später am Tag Graf Szögyeni*, indem er mir später am Tag** sagte, ein *allgemeiner* Krieg sei ausgeschlossen, da Rußland weder Krieg führen könne noch wolle.

Jagow hat mir gegenüber so gut wie zugegeben, daß die serbische Antwort den österreichischen Forderungen *sehr* weit entgegenkomme; er gab aber auch zu, daß es Österreich ernst sei und daß — außer einer vollständigen Annahme seiner Forderungen — nichts, weder von Berlin aus noch anderswoher, es an der Bestrafung Serbiens hindern werde. Er versicherte mir wiederum, das österreichische Ultimatum sei Berlin vor seiner Überreichung nicht unterbreitet worden. Allgemein besteht hier, sogar unter Anhängern Österreichs, die Meinung, daß Österreich seine Note absichtlich brutal abfaßte, damit sie nicht angenommen werde.

Ich habe so ausführlich telegraphiert, daß ich Sie mit unnützen Wiederholungen nicht ermüden will. Meine größte diplomatische Schwierigkeit bestand darin, die Neugier Cambons hinsichtlich meiner wiederholten Besuche beim Kanzler zu befriedigen, ohne diesen in bezug auf Punkte, deren Geheimhaltung ich ihm versprechen mußte, zu verraten. Ich bin mehr denn Cambon davon überzeugt, daß sowohl der Kanzler als auch Jagow einen allgemeinen Krieg vermeiden möchten — wie auch die Meinung der Hitzköpfe und des Generalstabs sein mag. Das ist nicht nur meine Ansicht, sondern auch die der meisten Diplomaten und vieler Deutscher. Cambon will das durchaus nicht gelten lassen und betrachtet Jagow, meines Erachtens zu Unrecht, als einen Junker der kriegerischsten Sorte. Dies widerspricht allem, was ich je von Jagow gehört habe, und widerspricht meiner eigenen Meinung von ihm. Wenn der Kanzler aber Krieg führt, dann nur, weil er dazu gezwungen wird. Jules

* In den österreichischen Akten Szögyény geschrieben.

** Im Original wie oben zweimal hintereinander „später am Tag“.

Cambon schilt mich andauernd, daß England seine Absichten so geheimhalte, und behauptet, die einzige Art und Weise, auf die ein allgemeiner Krieg verhütet werden könne, bestehe darin, daß Sir E. Grey *carrément* erkläre, England werde auf Seiten Frankreichs und Rußlands kämpfen. Doch ich sage ihm, daß eine derartige Erklärung beim jetzigen Stand der Dinge Deutschland zwar zu einer zögernden Haltung veranlassen, ebenso aber Rußland anspornen könne, und wenn Rußland Österreich angreife, müsse Deutschland dreinfahren, ob es die englische Flotte fürchtet oder nicht. Daß die britische Flotte Deutschland stark beschäftigt, ist ganz klar — das geht sowohl aus dem Kurssturz der großen Schiffsahrtaktien als auch aus anderen Anzeichen hervor. Friedländer, ungefähr der reichste Finanzmann Deutschlands, ist über die Möglichkeit, England könne hineingezogen werden, verzweifelt; (er suchte seine Aktien der Hamburg-Amerika-Linie abzustößen, konnte aber keinen Käufer dafür finden) und er gab einer Dame aus meinem Bekanntenkreis den Rat, sobald als möglich aus Berlin zu verschwinden, „weil“, wie er sagte, „einen Monat nach der Kriegserklärung Englands Berlin am Hungertuche nagen wird, und Sie werden nicht nur nichts zu essen bekommen, sondern — hungernde Menschenmengen sind auch immer gefährlich“. Ich höre tatsächlich von allen Seiten, daß die Finanz- und Industriekreise absolut gegen einen Krieg in jeder Form sind — namentlich aber gegen einen Krieg, der in seinem Ursprung deutsche Interessen nicht berührt. Jagow bemerkte vor einigen Tagen zu mir, Österreich sei so zum Krieg gegen Serbien entschlossen und befürchte dermaßen, daran gehindert zu werden, daß jeder Rat es wahrscheinlich veranlassen werde, schleunigst ein *fait accompli* zu schaffen¹⁾. Mag das nun wahr sein oder nicht — daß die österreichische Kriegserklärung (die, soweit ich beurteilen kann, hier nicht so rasch erwartet wurde) dem Hinweis, die serbische Antwort biete eine Grundlage für Unterhandlungen, unmittelbar auf dem Fuße folgte, dürfte jedenfalls als Beweis dafür gelten, daß Jagow in seiner Behauptung nicht weit fehlging. Er sagte gestern, er könne sich über das entschlossene Vorgehen Österreichs kaum wundern, da Serbien es faktisch dreimal zur Mobilmachung veranlaßt habe und trotz Versprechungen immer eine Brutstätte von Intrigen gegen die Doppelmonarchie geblieben sei. Das muß man zugeben, aber ich fragte ihn, ob er nicht auch glaube, daß ein großer Teil der serbischen Missetaten und Intrigen hätte vermieden werden können, wenn Österreich Serbien etwas großmütiger behandelt hätte, zum Beispiel durch Bewilligung eines Zugangs zur See. Jagow erwiderte, er habe während der letzten zwei Jahre nie eine Gelegenheit vorübergehen lassen, Österreich zu sagen: „Entweder behandelt Serbien gut und lebt in Frieden mit ihm oder ,avalez-la‘“. Österreich

¹⁾ Vgl. Nr. 281.

habe immer entgegnet, Serbien sei ein zu frecher Nachbar, als daß man friedlich mit ihm leben könne, und es zu verschlingen würde eine zu große Vermehrung der an sich schon zu zahlreichen slawischen Bevölkerung Österreichs bedeuten.

Bethmann Hollwegs „Angebot“ für unsere Neutralität muß eine Überraschung für Sie gewesen sein; mich hat es wenigstens sehr überrascht¹⁾. Seine Exzellenz bat mich etwa 10³⁰ abends zu sich; er erzählte mir, daß er gerade von einer Beratung in Potsdam komme, bei der der Kaiser, Admiral von Tirpitz und der Kriegsminister zugegen waren, daß er in zehn Minuten gegessen habe, und sich, müde wie er sei, nach unserer Unterredung noch lange mit Jagow werde besprechen müssen. Er benutzte bei seinem Gespräch mit mir Notizen in Maschinenschrift, die er mir jedoch nicht zeigen wollte. Ich fragte ihn, ob ich, da es sich um eine solch wichtige Sache handle, mein Telegramm gleich an Ort und Stelle aufsetzen und ihm dann vorlesen könne. Ich machte also einen Entwurf und las ihn vor. Er regte ein oder zwei kleine Änderungen an und bemerkte dann, genau das habe er gemeint. Er fragte mich, was ich davon halte. Ich sagte ihm offen, sein Vorschlag scheine mir nicht annehmbar zu sein, und ich hielte es jedenfalls nicht für wahrscheinlich, daß Seiner Majestät Regierung sich beim gegenwärtigen Stand der Dinge auf ein bestimmtes Verhalten festlegen lassen möchte. Ich würde das Telegramm jedoch wortgetreu, wie von ihm gebilligt, absenden. Früh am andern Morgen sprach Jagow bei mir vor und erwähnte eine Unterredung zwischen Sir Edward Grey und Lichnowsky — der Bericht darüber war spät nachts, nachdem ich den Kanzler verlassen hatte, eingegangen. Wäre das früher der Fall gewesen, meinte Jagow, dann hätte der Kanzler nicht wie geschehen mit mir gesprochen. Aus dem, was Jagow im Gespräch fallen ließ, entnahm ich, daß Sir E. Grey Lichnowsky zu verstehen gab, wir würden vielleicht mit Rußland und Frankreich zusammengehen müssen — aber merkwürdigerweise habe ich bis jetzt (30. Juli 7⁰ abends) noch keine telegraphische Mitteilung dieser Besprechung erhalten. Auf alle Fälle schien Lichnowskys Bericht Jagow bedrückt zu haben — obwohl er die Offenheit und Aufrichtigkeit lobte, mit der Sir E. Grey gesprochen hatte²⁾.

31. Juli. Seit gestern haben sich die Ereignisse mit schwindelerregender Schnelligkeit entwickelt — so schnell in der Tat, daß es schwer war, mit ihnen Schritt zu halten. Zuerst kam die vom „Lokal-Anzeiger“ in Extrablättern verbreitete falsche Nachricht, daß Deutschland die Mobilmachung beschlossen habe. Dies wurde sofort amtlich durch andere Extrablätter dementiert. Der russische Botschafter, der Tags zuvor aus dem Urlaub zurückgekehrt war, telegraphierte die

¹⁾ No. 293.

²⁾ Vgl. No. 286, 305, 317.

falsche Nachricht chiffriert — und drahtete dann *en clair*, daß sie dementiert worden sei. Er hat das, wie er mir sagte, getan, weil er dachte, ein offenes Telegramm dürfte rascher befördert werden und vor dem chiffrierten nach St. Petersburg gelangen. Falls das offene Telegramm verzögert oder angehalten wurde, könnte das vieles erklären.

Heute morgen ging ich vor zehn Uhr zum Kanzler, um ihm die Antwort Sir E. Greys auf seinen „Neutralitäts“-Vorschlag zu überbringen¹⁾. Als ich in sein Zimmer trat, bemerkte er, ich käme *à point*, da er mich gerade hatte telephonisch zu sich bitten wollen. Darauf teilte er mir mit, er habe soeben Nachrichten von der russischen Grenze erhalten, die im Fall ihrer Bestätigung eine sehr ernste und gefährliche Lage schaffen würden und Deutschland zwingen könnten, der russischen Regierung eine schwerwiegende Mitteilung zu machen. Die fraglichen Nachrichten lauteten, daß die russische Regierung ihre Zollhäuser an der deutschen Grenze zerstört, ihre Amtsgebäude in der Nähe der Grenze verschlossen und ihre Kassen ins Innere gebracht habe*. Ich warf ein, daß mir diese Vorgänge, wenn wahr, weniger eine Bedrohung Deutschlands als vielmehr Vorsichtsmaßregeln zu sein schienen, um in einer offenkundig ernsten Lage jeder Eventualität gewachsen zu sein. Er behauptete im Gegenteil, daß die obigen Nachrichten zusammen mit anderen Berichten, die ihm aus Rußland und aus Schweden zugegangen seien, eine allgemeine Mobilmachung androhten; er hoffe es nicht und er sowohl wie der Kaiser täten auf die dringende Bitte des Zaren immer noch ihr möglichstes, um in Wien zu vermitteln, doch er befürchte das Schlimmste. Als unser Gespräch darüber beendet war, las ich ihm die Antwort Sir E. Greys auf den Neutralitätsvorschlag vor. Er schenkte ihr nur geringe Aufmerksamkeit und machte jedenfalls keine Bemerkung dazu; ich hinterließ ihm aber eine vollständige Paraphrase von Sir E. Greys Telegramm. Später sah ich Jagow, der die Ansicht des Kanzlers über den Ernst der Lage bestätigte.

London. (Hier brach mein Brief ab und ich hatte keine Zeit, ihn fortzusetzen, und keine Gelegenheit, ihn zu befördern.) Weder er noch der Kanzler haben jemals die Antwort Sir E. Greys auf den Neutralitätsvorschlag auch nur erwähnt und ich bin sicher, es war ihnen, oder doch jedenfalls Jagow, furchtbar peinlich, daß er überhaupt gemacht wurde. In der letzten Unterredung, die ich mit Jagow hatte, las ich ihm das Telegramm Sir E. Greys vor, wonach die in Hamburg angehaltenen britischen Schiffe trotz seiner Versprechungen nicht freigegeben wurden²⁾. Er sagte, das könne er nicht verstehen, da die

¹⁾ No. 303. Vgl. No. 336, 337 und 340.

²⁾ No. 585. Vgl. No. 402, 456.

* Vgl. Fußnote * auf Seite 333.

Befehle für ihre Freigabe ganz sicher aus Berlin abgegangen seien. Jagow erklärte, daß, als ich zum erstenmal mit ihm über die Schiffe — beim Kanzler — gesprochen, er sofort zum Kanzler ins Zimmer gegangen sei, wo sich Tirpitz zufällig befand, und er diesem die Angelegenheit vorgetragen habe. Tirpitz hätte *auf der Stelle* den Befehl zur Freigabe der Schiffe herausgeschrieben und dabei bemerkt: „Das muß sogleich geregelt werden, denn es ginge augenblicklich auf keinen Fall an, England zu verstimmen“ — „froisser l'Angleterre“ lautete der von Jagow gebrauchte Ausdruck. Wenn das wahr ist, und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, zeigt es, wir sehr sie bis zum letzten Augenblick glaubten, England würde vielleicht nicht eingreifen.

W. E. G.

Sir E. Goschen hat am 4. September 1914 eine Abschrift dieses Briefes an Sir Arthur Nicolson geschickt. Der letzte Absatz wurde an diesem Tag hinzugefügt